Die Baugewerkschaft

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Organ
des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.
Herausgegeben vom Verbandsvorstande.
Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.
Postscheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung:
Berlin O., Rüdersdorferstraße 60
Abonnements-Bestellungen, Anzeigen 2c. sind an die Geschäftsstelle zu richten.
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 7. | Berlin, den 12. Februar 1911. | 12. Jahrgang.

Unsere nächsten Aufgaben.

VI.

Und nun?

Wir haben in den voraufgegangenen Artikeln eine Uebersicht über die Lage des Baugewerbes nach seiner wirtschaftlichen und tariflichen Seite gegeben. Ferner über die Strömungen im Arbeitgeberlager, die allgemeine organisatorische Lage im Baugewerbe, der baugewerblichen Arbeiterorganisationen insgesamt und des christlichen Bauarbeiterverbandes im besonderen. Das konnte immer nur in kurzen Strichen geschehen, Aufgaben, die auf rein ideellem Gebiet liegen, haben wir ausgeschaltet. Wir werden jedoch nicht versäumen, diesen Fragen in der kommenden Zeit unsere besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Pflege des Idealismus unter der Arbeiterschaft ist in gegebenen Zeitläuften dringender denn je. Heute soll es sich nur darum handeln, das früher Gesagte noch einmal kurz zusammenzufassen und die zweckentsprechende Nutzanwendung zu ziehen.

Wenn die Grundlage des Baugewerbes im allgemeinen als eine gesunde bezeichnet werden kann, und das ist sie, ist der Resonanzboden für eine kräftige, fortschrittliche Tarifpolitik gegeben. Dieser Weg ist bis heute mit Erfolg beschritten und soll fortgesetzt werden. An uns liegt es nun, die Vorbedingungen zu schaffen. Diese sind: Eine starke, vertragsfähige Organisation, strenge Durchführung der bestehenden Verträge, Vertiefung der Tarifidee bei den Verbandsmitgliedern, Verständnis für die gegebene Art der zentralen Regelung, Verhinderung einer schematischen Erledigung der Lohnfrage. Gelingt es uns, diese Aufgaben in befriedigender Weise zu lösen, ist die praktische und taktische Grundlage für eine zukünftige erfolgreiche Tätigkeit nach dieser Richtung hin gegeben.

Die bestehenden Verträge im Baugewerbe garantieren einen noch zweijährigen Frieden. Die allgemeine Wirtschaftslage hat sich im letzten Jahr ziemlich gebessert, die Aussichten für die Konjunktur im Baugewerbe sind im allgemeinen gut. Eine flotte Beschäftigung verhindert Arbeitslosigkeit und Schikanierungen der Vertrauensleute seitens der Arbeitgeber und deren Beauftragte, wenn sie sich, selbstverständlich innerhalb der durch den Vertrag gezogenen Grenzen, für die Organisation bemühen. Am 1. April tritt in fast allen Vertragsorten eine Lohnerhöhung von zwei Pfennig pro Stunde, in den Orten, wo die Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden herabgesetzt wird, eine solche von drei und vier Pfennigen ein. Wichtige Vorbedingungen für eine wirksame Agitation größeren Stils sind hier gegeben.

Hinzu tritt: Im deutschen Baugewerbe sind nach unserer Aufstellung rund 600 000 indifferente aber organisationsfähige Bauarbeiter vorhanden. Davon sind Maurer 206 000, Erd- und Bauhilfsarbeiter 280 000, Zimmerer 77 000, Dachdecker 14 000, Stukkateure 8000. Das ist ein gewaltiges Agitationsmaterial, das in den nächsten Jahren bewältigt werden muß und auch bewältigt werden wird.

Verdichten sich so alle Umstände zu einer erfolgversprechenden Ausdehnung der Organisation, dann ist es unsere erste und wichtigste Pflicht, mit allem Nachdruck in die Agitation einzutreten. Und das ist unsere wichtigste Aufgabe im Laufe dieses Jahres.

Wir haben darauf hingewiesen, wie und warum der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an der Stärkung und Ausdehnung seiner Organisation arbeitet. Ferner, daß den 320 000 Mitgliedern in den zentralorganisierten sozialdemokratischen Bauarbeiterverbänden 36 000 Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes gegenüberstehen. Jeder wird begreifen, daß unser Einfluß den Arbeitgebern gegenüber von der Stärke unserer Organisation abhängt, ebenso aber auch gegenüber der gesamten deutschen Bauarbeiterschaft. Heute basiert der Einfluß des christlichen Bauarbeiterverbandes zuviel auf seiner Stärke in einzelnen Bezirken. Das soll und muß anders werden. Ueberall, in ganz Deutschland müssen wir vertreten sein und Einfluß gewinnen. Davon hängt ein gut Teil der Entwicklung der Tarifverträge im Baugewerbe ab, wir wollen aber auch alles daransetzen, um die Arbeiterbewegung im Baugewerbe nicht in überradikale Bahnen drängen zu lassen, die zum Nachteil der Bauarbeiter werden müssen. Und Ansätze dazu sind vorhanden. Diese Mission haben wir, und dazu gebrauchen wir Macht und Einfluß, Mitglieder in Massen.

Wir verkennen andererseits die Schwierigkeiten nicht, die sich uns entgegentürmen. Die politische Verärgerung und Verhetzung treibt die tollsten Blüten. Gewinnt die Sozialdemokratie unter dieser Hetze an Macht und Einfluß, werden wir es am ersten zu spüren bekommen. Freidenkertum und Sozialdemokratie bekämpfen heute mehr denn je unsere christliche Weltanschauung. Demgegenüber gibt es nur eine Losung: Zusammenfassung aller auf christlich-nationalem Boden stehenden Arbeiter. Diese müssen gegen die christentumsfeindlichen Angriffe gewappnet, sturmfest gemacht werden. Besonders den Blick auf die Jugend, unseren Nachwuchs gelenkt. Hinein mit den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern in die Jünglingsvereine, hinein mit ihnen, sobald sie die Lehre vollendet und Geselle geworden sind, in den christlichen Bauarbeiterverband. Wir müssen einen Wall errichten, stark und groß, an dem alle Angriffe unserer Gegner wirkungslos abprallen.

Wollen wir? Das hängt von uns ab. Schlecht um unsere Sache wäre es bestellt, wenn der Wille dazu nicht vorhanden wäre. Sagen wir darum: Wir wollen! Und dann mit Feuereifer in die Agitation, und die nötigen Vorbereitungen dazu getroffen. Kein Mitglied darf sich dieser Aufgabe entziehen. Stärkung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Bekämpfung der gefährlichen Fluktuation, das ist unsere größte Aufgabe in diesem Frühjahr. Möchten sich Führer und Verbandsmitglieder in dem Bestreben einträchtig die Hand reichen. Vorwärts! Das muß die Losung sein.

Soll dir eine Tat gelingen,
Tu' sie selbst vor allen Dingen;
Schaue nicht in träger Ruh'
Sorglos aus dem Lehnstuhl aus.

Deutschland auf der Brüsseler Weltausstellung.

Auf einem Festmahl der deutschen Abteilung der Weltausstellung zu Brüssel zu Ehren des Reichskommissars Geh. Regierungsrats Albert und des Präsidenten des deutschen Ausstellungskomitees Geh. Rat Ravené am 31. Januar zu Berlin verbreitete sich ersterer über das Ergebnis der Weltausstellung für Deutschland und die zukünftigen Wege der deutschen Industrie in überaus bemerkenswerter Weise.

„Er glaube, daß alle Beteiligten darüber einig wären, daß das eindrucksvolle Auftreten Deutschlands in Brüssel nicht nur nötig, sondern auch von großem wirtschaftlichem Nutzen war. Der unmittelbare Erfolg einer Ausstellung läßt sich niemals mit mathematischer Bestimmtheit feststellen, immerhin sei bekannt, daß schon eine vorläufige und unvollständige Umfrage in der deutschen Abteilung einen Verkaufsbestand von etwa 10 Millionen Franken am Schlusse der Ausstellung ergeben habe. Diese Feststellungen werden durch Angaben der belgischen Zollbehörde über die Verkäufe an belgische Käufer auf der Ausstellung bestätigt. Danach sind auf der Ausstellung für ¾ Millionen Franken deutsche Maschinen verkauft worden. In weitem Abstande folgen die amerikanische Verkaufsziffer mit 250 000 Franken, England mit 188 000, und endlich Frankreich mit nur 15 000 Franken. Auch in Porzellan und Silberwaren, in Musikinstrumenten, in feinen Leder-, in Kurz- und Kleineisenwaren steht Deutschland an erster Stelle. In gleicher Richtung bewegen sich die vorläufigen Ergebnisse der Statistik unseres Handelsverkehrs mit Belgien. Danach ist unsere Ausfuhr nach Belgien gewachsen: In Maschinen von 19,6 Millionen Mark im Jahre 1907 auf 23¾ Millionen im Jahre 1910, in elektrotechnischen Erzeugnissen von 12½ Millionen in 1907 auf 15,8 in 1910. Wichtiger ist die Rückwirkung unserer Beteiligung auf unsere Beziehungen zum Weltmarkt auch in Paris. 1900 handelte es sich nicht nur um den Handelsverkehr mit Frankreich, auch in Paris ist die Entscheidung über große Lieferungen nach dritten Ländern gefallen. Und die Beteiligung an der Ausstellung in St. Louis 1904 erfolgte wesentlich mit Rücksicht auf den Absatz nach den südamerikanischen Ländern. Dieser Gesichtspunkt gilt in ganz besonderm Maße gerade für die deutsche Abteilung in Brüssel. Belgien ist in eminentem Sinne international, international nicht nur durch seine zentrale Lage, international vor allem durch seinen ungewöhnlichen Unternehmungsgeist, durch die Fülle seiner internationalen Beziehungen gerade auf finanziellem Gebiete, die bedingt und gefördert werden durch seine politische Neutralität. Belgisches Kapital und belgische Finanzgesellschaften sind in führender Weise an den größten Unternehmungen der ganzen Welt beteiligt, wenn sich zum Beispiel ein südamerikanischer Staat, wenn sich China oder andere überseeische Länder an dem Wettbewerb der Nationen um die Durchführung eines neuen Unternehmens zu entscheiden scheuen, so geben sie, um niemanden zu verletzen, den Zuschlag dem neutralen Belgien. Die Rückwirkung dieser Beteiligungen liegt auf der Hand und wir haben selbst in Brüssel feststellen können, wie eine Reihe großer Objekte der deutschen Abteilung auf dem Umwege belgischer Finanzierung in dritte Länder gewandert sind. So ist eine der großen Lokomobilen der deutschen Abteilung für ein belgisches Unternehmen in Italien angekauft, und eine Firma der deutschen Ingenieurabteilung hat auf dem gleichen Wege einen Millionenauftrag in Italien erhalten.

Wichtiger als der Erfolg der Brüsseler Weltausstellung ist die Frage, ob unser deutsches Erwerbsleben, ob die deutsche Industrie sich in der Erfüllung ihrer Aufgaben in aufwärtssteigender Entwicklung befindet. Wir sind in Brüssel der von früheren Reichskommissaren überlieferten Tradition treu geblieben, daß Deutschland seine Abteilung vor allen anderen Nationen zu vollenden hat. So war es auch in Buenos Aires, in Allahabad, in Indien, und so wird es auch in diesem Jahre in Turin sein. Solche Leistungen sind aber nur möglich, wenn Künstler und Beamte, Industrielle und Unternehmer, Handwerker und Arbeiter sich in den Dienst derselben Aufgabe stellen, sie sind nur möglich, weil diese Disziplin, diese Gewöhnung rechtzeitiger Erfüllung ein charakteristisches Merkmal deutscher Arbeitsweise, deutschen Wesens ist. Und hierzu tritt noch ein anderes Moment: Es ist dies die Bereitwilligkeit, vom Auslande zu lernen, sich neue Arbeitsmethoden, wenn sie praktischer und besser sind, anzueignen, sie selbständig mit deutscher Gründlichkeit auf wissenschaftlicher Basis und oft über das ursprüngliche Vorbild hinaus auszubilden. Ich hebe nur einen Industriezweig der deutschen Abteilung hervor, den Werkzeugmaschinenbau. Wir alle wissen, was wir auf diesem Gebiete von den Amerikanern gelernt haben, daß wir noch heute mit Amerika in einem besonders starken Wettbewerb stehen. Es ist daher besonders interessant, festzustellen, wie dieser Wettbewerb in Brüssel ausgelaufen ist, wo sich die Beteiligung der Amerikaner im wesentlichen auf eine Werkzeugmaschinenausstellung beschränkte. Die Klassenjury, d. h. diejenige Jury, die sich ausschließlich aus Sachverständigen zusammensetzt, hatte Deutschland 10 große Preise, Belgien 5, Großbritannien 4 und den Amerikanern 2 bewilligt. Einen besseren Beweis für ein zähes Festhalten an dem gesteckten Ziel, für die zielbewußte Vervollkommnung eines schwierigen Produktionsprozesses glaube ich nicht anführen zu können.

Zum Schlusse möchte ich nicht die Männer vergessen, unter deren Leitung dies geschaffen wurde. Ich erinnere mich, daß eines Tages mein englischer Kollege auf mich zukam und mir folgendes mitteilte: Ein deutscher Juror hatte die englischen Preisrichter seiner Klasse aufgesucht, um sich mit ihnen über einige technische Details zu verständigen. Er hatte sie zunächst deutsch, dann französisch angesprochen, und als den englischen Jurors beide Sprachen nicht geläufig waren, hatte er die immerhin schwierige technische Materie in fließendem Englisch auseinandergesetzt. Dieser Mann war der Geheimrat Blum. Aber dem englischen Kommissar konnte ich mit berechtigtem Selbstgefühl erwidern, daß diese Sprachgewandtheit eine allgemeine Eigenschaft unserer deutschen Preisrichter und nicht zum wenigsten der Herren des gewerblichen und industriellen Lebens sei. Wir dürfen mit Stolz und Bewunderung auf die Entwicklung des deutschen Gewerbelebens, auf die Fortschritte unserer Landwirtschaft, auf die Tüchtigkeit unserer deutschen Handwerker und auf die unserer deutschen Industrie blicken. Aber wir dürfen trotz aller Erfolge nicht nachlassen, denn auch die Schwierigkeiten wachsen und die Anforderungen an unsere Leistungsfähigkeit steigern sich.

Eine der Haupteinwendungen, denen man bei der Organisation einer deutschen Abteilung immer wieder begegnet, ist die Auffassung, daß gegenüber dem Bestreben anderer Nationen, sich in zunehmendem Maße durch erhöhte Zollschranken gegen die deutsche Einfuhr abzuschließen, eine Beteiligung an fremden Ausstellungen keinen Zweck habe. Ich halte den Einwand nicht für durchschlagend, aber etwas Wahres ist sicherlich daran. Wir dürfen uns darüber nicht täuschen, daß

jedes Land danach strebt, daß, was es glaubt selbst produzieren zu können, nicht aus dem Auslande zu beziehen. Sowie also die Voraussetzungen für eine bestimmte Produktion geschaffen sind, schließt sich das Land durch Einführung von Zöllen oder durch ihre Erhöhung ab. Wir sehen, wie zum Beispiel Amerika in fast regelmäßiger Wiederkehr durch Aenderung seines Tarifes bestimmte Zweige der deutschen Ausfuhr abschneidet. Wir machen ähnliche Erfahrungen mit unseren Nachbarländern und es wird uns nicht anders mit Japan ergehen. Es wäre daher falsch, auf die Beständigkeit eines guten Absatzes insbesondere von Massenartikeln zu vertrauen. Nur eine ununterbrochene Fortentwicklung auf technischer und wirtschaftlicher Basis, nur ein dauernder Vorsprung in der Güte und Vollkommenheit unserer Erzeugnisse kann einen Ausgleich schaffen. Ich erinnere mich, daß ein hervorragender amerikanischer Industrieller dem Reichskommissar in St. Louis einmal sagte: „Immer, wenn wir glauben, einen Betrieb eingerichtet zu haben, dann haben „the damned Germans" schon wieder etwas Neues." Das ist die Richtlinie, der unsere Industrie folgen muß. Und daß sie ihr folgt, hat sie in Brüssel wiederum bewiesen. Wenn sich die deutsche Industrie den dort erneut betätigten Geist energischen Vorwärtsdringens bewahrt, dann wird sie sich auch gegenüber den Schwierigkeiten erhalten, die sich für sie aus dem zunehmenden Eintreten Deutschlands in den Weltverkehr ergeben."

Ein glänzendes Zeugnis, so fügen wir hinzu, für deutsche Schaffenskraft und Tüchtigkeit.

Der „tanzende" „Stukkateur".

Die Lektion war gut, sie hat gesessen. So leichtfertig wie diesmal, wird uns der „Stukkateur" nicht mehr zum „Tanze" auffordern. Mit tausend Masten zog der Jüngling übers Meer, still kehrte ein gebrochener Greis auf einsamem Boot zurück. Treffender läßt sich die Rückzugschamade des „Stukkateur" auf die gegen den christlichen Bauarbeiterverband gerichtete Kampfsfanfare nicht vergleichen.

„Nur heran, ihr Herren (vom christlichen Bauarbeiterverband), wollt ihr ein Tänzchen wagen; um das Liedchen sind wir nicht in Verlegenheit, wir spielen schon auf."

Was ist aus diesem stolzen Kampfesruf geworden? Wir haben dem roten „Stukkateur" einen Ring durch die Nase gezogen, gegen den er sich mit allerlei zottigen Bewegungen, und verlegenem Brummen wehrt. „Erbärmlich armselig!" Bei einem derartigen „Ruhmestanz" beginnt freilich der Atem bald auszugehen; und er geht dem „Stukkateur" aus. Wir wollen aber noch nicht! Hoppla, immer noch einmal los, du hast uns ja aufgefordert dazu.

Wie immer, wo Niedertracht sich zeigt, ist auch die Feigheit zu Hause. Wir teilten bereits mit, daß Radtke unserem Kollegen Häuschen erklärte, nicht den Artikel geschrieben zu haben. Nun wer war's denn dann? Handelt es sich um Redaktionsarbeit? Wenn ja, warum entlastet denn der „Stukkateur" Radtke nicht. So bleibt doch der Schein auf ihm sitzen, unsere für den sozialdemokratischen Stukkateurverband höchst unangenehmen Feststellungen veranlaßt zu haben. Fürchtet der „Stukkateur" etwa Schläge seitens seiner eigenen Anhänger ob der bewiesenen Tollpatschigkeit, oder ist es Radtke, dessen Schnoddrigkeit, die gewisse „Berliner" immer in der Provinz zur Schau tragen, ihn hat anlaufen lassen? Das muß festgestellt werden, alsdann reden wir noch ein anderes Wörtchen.

Nun ein Zeugnis dafür, wie der „Stukkateur" seine eigenen Mitglieder geistig einschätzt. In Nr. 4 schreibt er:

„Der „Baugewerkschaft" die Ueberzeugung beizubringen, daß die freien Verbände mit der Sozialdemokratie nicht zusammenhängen, oder vielmehr bei ihr soviel Ehrlichkeit voraussetzen, daß sie dieser auch ihr auf alle Fälle bekannten Tatsache offen Ausdruck gibt, ist natürlich zu viel verlangt."

Sieben Zeilen weiter heißt es dann:

„Daß unsere Kollegen, die selbstverständlich zum weitaus größten Teile sozialdemokratisch gesinnt sind, daß **unser „Stukkateur" sich mit Eifer an der sozialdemokratischen Erziehungs- und Aufklärungsarbeit beteiligt, ist die selbstverständlichste Sache der Welt.** In diesem Punkte rennt die „Baugewerkschaft" weit offenstehende Türen ein, daß ihre Schreiber wirklich wünschen konnten, die Himmelstüren stehen ihnen dermaleinst auch so weit offen."

Hot, hü! Ja, was ist denn überhaupt noch wahr, was dieses „erbärmlich armselige" Blatt schreibt. Was erst bestritten wird, nämlich, nichts mit der Sozialdemokratie zu tun zu haben, weswegen man uns die Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe abspricht, das wird sieben Zeilen weiter als „die selbstverständlichste Sache der Welt" hingestellt. Schätzt man denn uns ebenfalls für so polizeiwidrig dumm ein, wie die eigenen Mitglieder? Wenn deren Horizont und geistiges Unterscheidungsvermögen nicht weiter geht, dann unser Mitleid für sie. Aber nur ein Teil wird in dem „Stukkateur" so eingeschätzt und das sind die Mitglieder, die mit der religionsfeindlichen Haltung und der politischen Tätigkeit des „freien" Stukkateurverbandes für die Sozialdemokratie nicht einverstanden sind. Diese müssen beschwindelt, über die wahren Ziele des „freien" Stukkateurverbandes getäuscht werden.

Aber schon wird es Tag! In Gosbach (Württemberg) traten bereits 25 sozialdemokratisch organisierte Stukkateure in den christlichen Bauarbeiterverband über.

Sodann schreibt der „Stukkateur":

„Die „Baugewerkschaft" hat aber mit all ihrer Zittererei nicht den geringsten Beweis erbracht, daß von unserer Organisation nur ein einziges Mitglied infolge seiner religiösen und irgendwie politisch gearteten Gesinnung anders behandelt worden ist, wie es einem vollberechtigten Mitgliede zukommt, sofern es nur gewillt war, Schulter an Schulter mit seinen Kollegen für die Verbesserung und Erhaltung der Lohnbedingungen gegen jeglichen Unternehmerübermut in die Schranken zu treten. Um etwas anderes handelte es sich seinerzeit auch bei dem Kampf in Mannheim nicht, den man auf seiten der christlichen Drahtzieher so gern, allerdings der Wahrheit auf das gröblichste widersprechend, als einen Kampf um religiöse Anschauungen hinzustellen beliebte."

So! Und was sagte das Hauptvorstandsmitglied des „freien" Stukkateurverbandes Sittenfeld auf dem Nürnberger Verbandstag? Auf Seite 361 des Protokolls davon heißt es:

„Ich kenne Fischer, den Gründer der dortigen christlichen Organisation. Zur Zeit des siebenwöchigen Kampfes war er Streikleiter in unserer Organisation und hat, soweit ich mich überzeugt habe, seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan, wie **alle Mannheimer Kollegen in jenem Streik.** Nicht ohne Eure Schuld ist Fischer dazu gekommen, der christlichen Organisation beizutreten. Er hat sich oft bei mir darüber beschwert, daß ihm fortwährend vorgeworfen werde, daß er das Zentrumsblatt lese und **in die Kirche gehe.**"

So redete Sittenfeld! Und gar erst der Zentralvorsitzende Odenthal? Wir halten uns immer an genanntes Protokoll, und da sagte er, wie auf Seite 344 zu lesen steht:

„Das Wort vom Religionskampf trifft dort (in Mannheim) im vollsten Sinne des Wortes zu."

Wenn das offizielle Protokoll des Stukkateurverbandes dem eigenen Verbandsorgan, dem Stukkateur, so haarscharf nachweist, daß es doch eine andere Behandlung für politisch nicht sozialdemokratisch gesinnte Mitglieder, auch wenn diese „Schulter an Schulter mit den Kollegen für die Verbesserung und Erhaltung der Lohnbedingungen gegen jeglichen Unternehmerübermut in die Schranken" treten, gibt, ja, wenn dieses Organ selbst in seinem Weihnachtsartikel schreibt,

„Daß die Geburt des Erlösers der Menschheit eine Legende sei";

„Daß ein neuer Erlöser, der Sozialismus, erstanden sei";

„Freya, die Göttin der Liebe und Fruchtbarkeit, wurde christianisiert und figurierte nun als die Jungfrau Maria, usw.";

„Diese lichtscheuen Vögel (die Pfaffen) müssen sich zurückziehen, usw.";

„Nur aus ihren Schlupfwinkeln wird man noch schwach das Gekrächze der Unglücksvögel (der Pfaffen) vernehmen, usw.";

so beweist es durch diese niederträchtige Beleidigung seiner noch christlich gesinnten Mitglieder, daß diese anders behandelt werden, wie die auf sozialdemokratischem und materialistischem Boden stehenden. Wir müssen wirklich unsere Kollegen ersuchen, die „Baugewerkschaft" an alle Mitglieder des „freien" Stukkateurverbandes zu übermitteln, damit diese sehen, wie sie von ihrem Verbandsorgan belogen und betrogen werden. Allerdings in der tollpatschigsten Weise, ungefähr so, wie sich ein Kameel in einem Porzellanladen bewegt.

Da wir nun gerade bei dieser Sache sind, möchten wir einmal eine Probe liefern, wie die roten Stukkateure in ihren eigensten Domänen „Schulter an Schulter" gegen jeglichen „Unternehmerübermut" auftreten. Da steht im „Hamburger Echo" vom 20. Januar d. J. zu lesen, daß zwei Versammlungen des „freien" Stukkateurverbandes in Hamburg ausfallen mußten, und warum?

„In beiden Versammlungen waren je vier Mitglieder erschienen, während in der Wirtschaft H. Schröder 28 Kollegen beim **Skatspiel** saßen."

Ueber die Versammlung vom 20. Januar wird berichtet:

„Ueber eine Anfrage des Kollegen Petersen, was mit den Kollegen geschehen soll, welche zu einer Strafe verurteilt würden, weil sie vor einem Jahre dem Poller Schusser **20 Mark Schmiergelder** zusteckten, die Strafe aber noch nicht bezahlten, entspann sich eine lebhafte Debatte. Weringhaus und Adriani verteidigten sich dahingehend, daß es ungerecht sei, sie wegen dieser Sache mit je 5 M zu bestrafen, während man andere Kolonnen, **welche 100 Mark und 200 Mark an Schusser geschmiert haben,** ungehindert laufen lasse. Die Spatzen pfiffen es vom Dach herunter, daß im „Reichshof" **100 Mark geschmiert** worden seien, trotzdem ist dagegen **nicht** eingeschritten. Nachdem noch einige Kollegen, die im „Reichshof" gearbeitet haben, die Sache wesentlich anders hingestellt hatten, aber zugaben, daß die **100 Mark gezahlt** seien, beantragte Weringhaus, diese Sache zu untersuchen, daran beteiligte Kollegen in die Vorstandssitzung zu laden, um dann in der nächsten Versammlung hierzu Stellung zu nehmen."

Ist das nicht ein Gaudium? Hier scheinen die „Klassenkämpfer" den „Kapitalismus" mit Skatspiel und Schmiergeldern zu bekämpfen.

Einen eigentümlich kleinlauten Trumpf glaubt der „Stukkateur" damit gegen uns auszuspielen, daß der rote Stukkateurverband nur 125 000 M aus den allgemeinen Sammlungen erhalten hätte, und dies bereits in der ersten Quartalsabrechnung bekannt gegeben sei. Auch wir hätten ja 60 000 M erhalten. Selbstverständlich haben wir die erhalten, dafür waren sie gesammelt, aber wir waren nicht darauf angewiesen. Was ist aber das für eine Abrechnung, worauf sich der „Stukkateur" beruft? Wir behaupten: **Die erste Quartalsabrechnung des sozialdemokratischen Stukkateurverbandes ist eine einzig große Schwindelabrechnung.** Es werden da die 125 000 Mark aus den Sammelgeldern quittiert, obwohl die Sammlungen erst mit Mai begannen. Ferner werden 112 230,74 M Beiträge vom zweiten Quartal als im ersten schon eingegangen bezeichnet, die gesamte Einnahme aus den Beiträgen im zweiten „Quartal" beträgt aber nur 134 467,90 M; also im ersten Quartal sollen schon 112 000 M davon in Hamburg eingegangen sein. Das ist Schwindel und warum wurde er begangen? Offenbar nur um unangenehme Sachen zu vertuschen. Ebenso werden 337 050,49 M für Streikunterstützung im ersten Quartal angegeben, die Kämpfe begannen aber erst nach dem 1. April. Warum dieser Schwindel? 86 957,06 M Anleihen der Zentralkasse des roten Stukkateurverbandes gibt die Abrechnung für das „erste" Quartal an, 49 511 M Schulden hatte sie noch aus dem voraufgegangenen Jahre, das sind 136 468,06 M Schulden im „ersten" Quartal. Waren sie nicht noch höher und wurde etwa darum die Schiebung vorgenommen? Trotzdem aber störte sich der sozialdemokratische Stukkateurverband nicht an die von den übrigen Bauarbeiterorganisationen beschlossenen besonderen Maßnahmen, bezahlte für die ersten 14 Tage Unterstützung, trotz seiner 136 000 M Anleihen. Und bei Schluß des dritten Quartals hatte die Zentralkasse noch 63 381,01 M von diesen Schulden auf sich sitzen. Und das nennt den christlichen Bauarbeiterverband eine „erbärmlich armselige" Organisation. Trotz allem hat der „Stukkateur" noch die Dreistigkeit zu sagen:

„Daß die Solidarität auf jener Seite (im christlichen Bauarbeiterverband) nicht die Früchte zeitigen kann, wie in unserem Verbande, liegt in der Natur der Sache. Denn Organisationsleiter, deren Aufgabe es ist, die Arbeiter aufeinanderzuhetzen, anstatt stets und ständig auf die Notwendigkeit ihrer Einigkeit, ihrer Geschlossenheit dem Kapitalismus gegenüber hinzuweisen, wie das in unseren Verbänden geschieht, dürfen nicht erwarten, daß die von ihnen irregeleiteten Arbeiter große Beispiele solidarischen Bekundens liefern werden."

Nein, eine „Solidarität", die auf **Gewissenlosigkeit,** Schmiergeldern und **Schurkerei** basiert, ist bei uns nicht an-

---

Die deutschen Burgen als Bauwerke.

Von Albin Michel, Berlin.

I.

Die Burgen haben in der Sage und Geschichte Deutschlands, im deutschen Kulturleben und in der Baukunst vergangener Zeiten eine außerordentlich hohe Bedeutung gehabt. Viele Sagen, die noch jetzt im deutschen Volke lebendig sind, können ihre Entstehung und ihren Schauplatz auf Burgen zurückführen. Nach Schätzung der Historiker, die sich mit der Burgenkunde eingehend beschäftigt haben, waren im gesamten deutschen Sprachgebiet gegen 10 000 Burgen errichtet worden. Schon allein diese große Zahl beweist, welche Bedeutung die Burgen im deutschen Volksleben hatten. Die Hauptzeit des Burgenbaues war die Zeit bis 1250, später, namentlich am Ausgang des Mittelalters, wurden verhältnismäßig nur noch wenige Burgen errichtet. Im einzelnen läßt sich schwer oder gar nicht feststellen, wann die einzelnen Burgen entstanden sind, denn in der damaligen Zeit wurden nur wenige schriftliche Aufzeichnungen gemacht. Der Beginn des Burgenbaues kann wohl auf das 11. Jahrhundert verlegt werden, das Ende der eigentlichen Burgenzeit wird in die Mitte des 16. Jahrhunderts zu setzen sein. Von den rund 10 000 Burgen, die in Deutschland errichtet wurden, sind ungefähr 5000 als Ruinen erhalten geblieben, einige Hundert sind ausgebaut worden und dienen noch jetzt als Wohnstätten, alle übrigen aber sind so gut wie vom Erdboden verschwunden. Mehr als 100 wurden durch Erdbeben zerstört, viele andere sind durch Kriege vernichtet worden und ein Teil ist durch natürlichen Zerfall verschwunden.

Die erste Voraussetzung bei Anlage einer Burg war eine geschützte, den damaligen technischen und militärischen Verhältnissen nach angriffssichere Lage. Als angriffssicher konnte nicht nur eine steile Höhe gelten, sondern auch eine Stelle, die vom tiefen Wasser oder von Sümpfen umgeben war. Es wurden deshalb zwei Arten von Burgen angelegt, die Höhenburgen auf hohen Bergen oder wenigstens auf Erhebungen, die über die übrige Umgebung hinausragten, und die Wasserburgen in den Niederungen, deren Verteidigungsfähigkeit zu einem guten Teil auf der Isolierung durch das Wasser oder durch Sümpfe beruhte. Die Höhenburg ist zweifellos die interessantere Art der Burg und von Höhenburgen sind auch noch die meisten bis auf unsere Zeit erhalten geblieben.

Die hauptsächlichsten Bestandteile einer Burg sind der Bergfried oder der Hauptturm, von dem aus die Beobachtungen über die Umgebung und über etwa heranziehende Feinde gemacht wurden, die Schildmauer (eine sehr hohe und dicke Deckungsmauer), das Wohngebäude, die Ringmauer mit besonderen Türmen, der Torbau, die Kapelle, die Küche und mancherlei Nebenbauten zu Wirtschaftszwecken und für das Gesinde des Burgherrn. Manchmal fehlen einzelne dieser Bestandteile, so daß ein Bau verschiedenen Zwecken dienen muß, wie z. B. manchmal der Hauptturm als Wohnung benutzt worden ist, manchmal sind auch bestimmte Baulichkeiten doppelt vertreten, sehr häufig, wenn die Burg mehrere Besitzer hatte oder wenn sich z. B. wegen der Lage des Burgplatzes die Anlegung von mehreren Haupttürmen notwendig machte. Ueberhaupt sind die Burgen ganz nach den Umständen, nach Lage und nach dem Vorhandensein des Baumaterials angelegt worden, keine einzige ist genau einer anderen nachgebildet und selbst von den Haupttürmen hat jeder einzelne besondere Eigentümlichkeiten.

Der Bergfried stand gewöhnlich an der höchsten Stelle des Burgplatzes oder an der Stelle, die dem Hauptangriff ausgesetzt war. Selbst in Zeiten der höchsten Gefahr, wenn die Feinde schon in die Burg eingedrungen waren, konnte ein gut angelegter und energisch verteidigter Bergfried, wenn nur für Nahrung gesorgt war, noch längere Zeit als Zufluchtsort dienen. Es gab runde, vier- und fünfeckige, aber auch drei-, sechs- und achteckige Bergfriede und solche von noch anderer Form. Sie hatten eine Höhe von vielleicht 30—40 Meter, der Durchmesser betrug 6—18 Meter. Alles war auf die Verteidigung eingerichtet. Deshalb war die Eingangstüre, die außerdem nur sehr klein war, stets in ziemlicher Höhe angebracht, und zwar im sogenannten Eingangsgeschoß, das über dem hohen Erdgeschoß lag. Der Eingang in das Erdgeschoß war meistens nur durch ein enges Loch möglich, das im Innern des Turmes, an der Decke des über dem Erdgeschoß liegenden Geschosses gelassen war. Dieses Loch hieß auch das Angstloch, weil von hier aus die gemachten Gefangenen in das wohl so gut wie ausschließlich als Burgverlies oder Gefängnis benutzte Erdgeschoß hinabgelassen wurden. Daß das Erdgeschoß auch als Vorratsraum und als Wasserreservoir benutzt worden ist, dürfte nur selten vorgekommen sein. Meistenteils konnte man in das Erdgeschoß nur durch Hinablassen an einem Strick oder durch eine im oberen Stockwerk angebrachte Rolle gelangen, seltener war das Erdgeschoß mit dem ersten Stockwerk durch eine Treppe verbunden. Für Gefangene, die in das Burgverlies geworfen wurden, war deshalb auch ein Entkommen unmöglich, wenn ihnen keine Nahrung hinuntergelassen wurde, so mußten sie dort unten elend verhungern, ihr Schreien brach sich an den viele Meter dicken Wänden und nur Ratten und Mäuse waren ihre Gesellschafter in dem nur durch eine schmale Lichtspalte erhellten Raum.

Die Eingangstüre lag auch stets an der Seite des Turmes, die dem Angriff von außen nicht ausgesetzt war. Ueber dem Eingangs- und Erdgeschoß lagen noch zwei bis vier, aber auch noch sechs bis neun Stockwerke, die durch Leitern oder Holztreppen verbunden waren. Die Mauern der Bergfriede waren natürlich außerordentlich stark und massiv. Die Eingangstüre lag in einer Höhe, die bis zu 15 Metern ging, und sie war entweder durch eine Leiter oder durch eine Holztreppe zu erreichen. Oefter war der Eingang zum Bergfried auch noch vom Wehrgang der Ringmauer aus zu erreichen. Die einzelnen Stockwerke waren durch Gewölbe oder durch Balkenlagen überdeckt. Die Bergfriede, die zugleich als Wohnhäuser ausgebaut waren, mußten natürlich etwas größere Bequemlichkeiten bieten, als die Türme, die lediglich der Beobachtung und der Verteidigung dienten. In diesen Bergfrieden waren größere und abgegrenzte Räumlichkeiten geschaffen, die Mauern hatten Nischen zur Aufnahme von Betten, Schränken und anderen Gegenständen, es waren Fenster eingelassen, es war Platz für den Herd gelassen und die Wohnbergfriede hatten Kamine und Abtritte. In solchen Wohntürmen war es wohl auch Brauch, daß das unterste Stockwerk, das Erdgeschoß, teilweise als Vorratskeller diente.

zutreffen, das „liegt in der Natur der Sache". Ebenso „liegt in der Natur der Sache" das unrühmliche Beispiel unsolidarischen Bekundens der Stukkateurverbandsleiter mit der 14tägigen Karenzzeit, trotzdem der Bettelsack mit allen Künsten geschwungen werden mußte. Wirklich verantwortungsvolle Leiter einer Arbeiterorganisation, gleichsam Hasardspieler gefährlichster Qualität. Hat der „Stukkateur" noch weiter Lust, zu tanzen? Wie sagte er doch: „Um das Liedchen (zum Tanze) sind wir nicht in Verlegenheit." Wir versichern: Wir auch nicht.

Rundschau.

Der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands hat sich im abgelaufenen Jahre sehr gut weiterentwickelt. Während sonst allgemein als gewerkschaftlicher Grundsatz gilt, daß zur Zeit einer wirtschaftlichen Krise — mit einer solchen war 1910 im Tabakgewerbe noch zu rechnen — keine allzu großen Mitgliederzunahmen zu erreichen sind, hat genannter Verband im verflossenen Jahre eine Zunahme von ungefähr 1800 Mitgliedern erfahren, so daß er jetzt nicht mehr weit von 8000 Mitgliedern entfernt ist. Wenn ein Verband mit einem gerüttelten Maß von Schwierigkeiten zu kämpfen hatte im letzten Jahre, dann war es dieser. Eine beispiellose Hetze der Gegner setzte nach Inkrafttreten der neuen Tabaksteuer ein. Dazu kam während des ganzen Jahres eine umfangreiche Arbeitslosigkeit, die den Verband manches Mitglied kostete, weil vielfach der Beruf aufgegeben wurde. Und trotz alledem hat der Verband eine solche gute Entwicklung genommen. Diese erfreuliche Tatsache sollte alle Kreise veranlassen, dem Verbande, der sich durch so gewaltige Schwierigkeiten mit dem größten Erfolge durchgearbeitet hat, noch mehr als bisher ihre Unterstützung zu leihen. Tausende von Tabakarbeitern und Arbeiterinnen können noch für die christliche Organisation gewonnen werden, wenn überall seinen Bestrebungen das richtige Verständnis entgegengebracht wird. Die noch unorganisierten Tabakarbeiter mögen aus der Vorwärtsentwicklung dieses Verbandes erkennen, welche feste Stütze sie in dieser Organisation haben und daß ein solcher Verband um so mehr leisten kann, je zahlreicher sich die ihm fernstehenden Arbeiter anschließen.

* * *

Eine Konferenz linksliberaler (Hirsch-Duncker) Arbeiter, die in Düsseldorf tagte, nahm eine Resolution an, worin bedauert wird, daß die Fortschrittliche Volkspartei (freisinnig) nicht einen einzigen linksliberalen Arbeiterführer in einem aussichtsreichen Wahlkreis aufgestellt habe. Bleibe die Partei auf diesem Standpunkt beharren, könne sie auf eine ernsthafte Mitarbeit der linksliberalen Arbeiter bei der nächsten Reichstagswahl nicht rechnen. Nach dem „Erfolg", den die Hirsch-Duncker bei den letzten Reichstagswahlen in Rheinland und Westfalen hatten, ist das eine sehr unangebrachte Sprache. Denn die Fortschrittliche Volkspartei wird zunächst fragen: was kannst du armer Teufel mir bieten? Nichts! so muß die Antwort lauten, wir haben nur wenige Wähler, aber ein paar recht große Mäuler. Damit allein schlägt man aber keine Wahlschlachten.

* * *

Ein verdächtiges Lob. Der „Korrespondent", Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, spendet in seiner Nr. 13 den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, nachdem er festgestellt hat, daß diese im Jahre 1910 keine Fortschritte gemacht haben, folgendes Lob:

„Ein Vergleich mit den christlichen Gewerkschaften fällt, was unsere Meinung ja immer gewesen, unbedingt zugunsten der Hirsch-Dunckerschen aus. Der Fanatismus und die schofle Kampfesweise der „Christlichen" ist ihnen fremd, und sie lassen sich nicht als Vorhut für jede reaktionäre Strömung gebrauchen."

Wirklich sehr gut! Wenn nämlich die Christlichen ebenso schlafen würden wie die Hirsch-Dunckerschen, wenn sie den „freien" Gewerkschaften keine ernsthafte Konkurrenz bereiten würden, wenn sie diesen die Alleinherrschaft in den Tarifverträgen und den Arbeitsbetrieben überlassen würden, dann wären sie ebensogut wie die oben Gelobten. So wird das für uns zu einem Ehrenzeugnis, daß wir auf dem Posten sind. Auch in der Zukunft.

* * *

Eine Petition zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Bergleute auf den Königlichen Gruben im Saarrevier richtete der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter an das preußische Abgeordnetenhaus. Es wird der Nachweis geführt, daß die Löhne im Saarrevier weit hinter denen des rheinisch-westfälischen Gebiets zurückbleiben, auch haben sie die Höhe von 1907 bei weitem nicht erreicht, eher sind sie noch in letzter Zeit gesunken. Einer Abordnung der Arbeiterausschußmitglieder wurde vom Minister in einer Audienz weitgehendste Berücksichtigung ihrer Wünsche zugesprochen.

* * *

Unbefugte Einmischung der Engländer. Auf einer vom „Internationalen Komitee der Bergarbeiter" in Dover veranstalteten Versammlung schlugen die englischen Vertreter folgende Resolution vor, die auch Annahme fand:

Die Versammlung des Internationalen Komitees der Bergarbeiter bedauert die Handlungsweise des deutschen Christlichen Gewerkvereins während der Bewegung über eine Lohnerhöhung. Es ist unsere Ansicht, daß die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne erzielt werden wird, wenn die Bergarbeiterorganisationen Deutschlands einig und geschlossen handeln. Wir schlagen deshalb den hier vertretenen deutschen Bergarbeiterverbänden vor, ihre Agitation zugunsten der Lohnerhöhung fortzusetzen. Wenn die deutschen Bergarbeiter, nachdem sie alle Mittel der gütlichen Einigung mit den Unternehmern erschöpft haben, sich entschließen sollten, zum Streik zu greifen, so wird das Internationale Komitee auf ihr Verlangen erneut zusammentreten, um über die praktischen Mittel zu beraten, mit denen man sie in ihrem Kampf gegen das Unternehmertum unterstützen kann.

Was geht denn die Engländer die Haltung des christlichen Bergarbeiterverbandes in Deutschland an. Sie haben ja auch nicht dagegen protestiert, als auf dem Salzburger internationalen Bergarbeiterkongreß der Antrag des deutschen sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes angenommen wurde, wonach aus jedem Land nur eine Organisation zu den internationalen Kongressen zugelassen werden sollte, der nur darauf hinauslief, den christlichen Bergarbeiterverband von diesen Kongressen auszuschließen, was damit auch praktisch erreicht wurde. Im Gegenteil, sie haben dafür gestimmt. Sodann könnte ein Streik der deutschen Bergarbeiter den Engländern ja sehr gelegen kommen, ihre Absatzgebiete würden dadurch bei uns bedeutend gewinnen. Und daß sie zugunsten der deutschen Bergproletarier etwa die eigene Arbeit einschränken würden, ist nach dem bisher bewiesenen Solidaritätsgefühl nicht zu erwarten. Im Jahre 1905 haben sie den kämpfenden Bergarbeitern ganze 134 000 Mark gespendet, für die 200 000 Streikenden ganze 67 Pf. für einen Tag. Und wie haben sich die Engländer bei den bisherigen Generalstreiks bewährt? Der reinste Spott. Die Herren Engländer mögen sich um ihre eigene Sache bekümmern, sie haben trotz 70jährigen Bestehens in ihrem Lande genug zu tun. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter geht auch so seinen Weg. Wenn jedoch internationale Verbindungen sich auf einen solchen Weg begeben, dann können sie zu einer nationalen Gefahr werden.

* * *

Die „Germania" brachte kürzlich einen anonymen Artikel aus dem Ruhrrevier über die Bergarbeiterbewegung daselbst und die Stellungnahme des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter. Allerhand wurde daran an dem Gewerkverein kritisiert. Uns scheint, daß der Artikel zu ganz bestimmten Zwecken berechnet war, die in der „Berliner" Richtung liegen. Der Aufforderung aus den Reihen des Gewerkvereins an den Artikelschreiber, offen mit seinem Namen hervorzutreten, damit man wisse, mit wem man es zu tun habe, weicht dieser aus. Wir glauben nicht fehlzugehen in der Annahme, daß der anonyme Schreiber nur bis vor kurzem im Ruhrrevier tätig war, heute aber irgendwo mit 350 ℳ Monatsgehalt als Zeitungsausschneider angestellt ist. Im „Ruhrrevier" selbst war der Artikel wohl kaum noch geschrieben. Die ganze Art der anonymen Aufmachung kommt uns zu bekannt vor.

* * *

Der neue württembergische Eisenbahnerverband kann trotz aller gehässigen Bekämpfung seitens seiner Gegner eine günstige Entwicklung konstatieren. In der Residenz Stuttgart allein hat er jetzt eine Mitgliederzahl von 1000 erreicht. In verschiedenen Landesteilen sei ebenfalls ein starker Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, wie sein Verbandsorgan „Das Flügelrad" in Nr. 4 mit Genugtuung melden kann. Ein Zeichen, daß die württembergischen Eisenbahner und Schiffahrtsangestellten der jungen Organisation infolge ihrer zielbewußten Standesarbeit in steigendem Maße ihr Vertrauen entgegenbringen.

* * *

Ausdehnung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Das neue Stellenvermittlergesetz bezweckt bekanntlich den Einfluß öffentlicher Arbeitsnachweise bezüglich der Konzessionierung, der Geschäftsbeaufsichtigung, der Gebührenfestsetzung und der Konzessionsentziehung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung zu fördern, was nunmehr in erfreulicher Weise dazu geführt hat, daß die Zahl der öffentlichen Arbeitsnachweise speziell für die Vermittlung für inländische Arbeiter im Wachsen begriffen ist. Es haben bereits mehrere Landwirtschaftskammern mit dem Ausbau örtlicher Arbeitsnachweisorganisationen für inländische Arbeiter begonnen, und in Ostpreußen sind am 1. Januar d. J. bereits in 31 Kreisstädten öffentliche gemeinnützige Arbeitsnachweise errichtet worden, denen die Zentralstelle der Kreisarbeitsnachweise in Königsberg vorsteht. Es sollen in sämtlichen Kreisstädten der Provinz derartige Arbeitsnachweise eingerichtet werden. Die Vermittlungstätigkeit der Nachweise richtet sich lediglich auf inländisches Personal aller Art, während das Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer sich mit den ausländischen Saisonarbeitern und den russisch-deutschen Rückwanderern zu befassen hat. Die Vermittlung für Arbeitnehmer geschieht kostenlos, während die Arbeitgeber geringe Gebühren zu zahlen haben. Um die Aufmerksamkeit der ländlichen Bevölkerung auf die Kreisarbeitsnachweise zu richten, wird in den Kreisblättern und in Plakaten, die an geeigneten Orten ausgehängt werden, darauf hingewiesen.

* * *

Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hält seine 12. ordentliche Hauptversammlung am 21. und 22. März in Nürnberg ab. Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes im Plattengewerbe findet im März in Berlin statt.

* * *

Das „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit", M.-Gladbach, Sandstraße 5, schreibt uns: „Den Lesern der Gewerkschaftspresse sind die Bestrebungen bekannt, die in den letzten Jahren innerhalb des deutschen Studententums den Zweck verfolgen, die jugendlichen Mitglieder der gebildeten und besitzenden Kreise bereits während ihrer Studienzeit zu einer besseren Kenntnis der Lage der handarbeitenden Klassen zu führen und zu größerer Hochachtung vor diesen und einem stärkeren Bewußtsein der Volkssolidarität in Deutschland zu erziehen. Daß derartige Bemühungen neben den gesetzgeberischen und wirtschaftlich organisatorischen Maßnahmen so ungefähr das Wichtigste sind, was gerade in deutschen Verhältnissen angestrebt werden muß, daß sie einen Kernpunkt, der bei uns zu überwindenden Schwierigkeiten, nämlich den vielfach unglaublichen Mangel an sozialem Empfinden und sozialer Einsicht bei unseren gebildeten und besitzenden Klassen und das vielfach turmhohe und unnahbare Kastenbewußtsein derselben treffen, darüber braucht kein Wort verloren zu werden. Es erübrigt sich daher auch die Feststellung, daß einsichtsvolle Vertreter der Gewerkschaftsbewegung selbstverständlich mit beiden Händen zugreifen werden, um die genannten Bestrebungen zu fördern. Schon allein vom bloßen Standpunkte des Durchschlagserfolges der gewerkschaftlichen Bestrebungen, um allgemeinere Gesichtspunkte nicht zu erinnern, ist eine derartige Förderung dringlich, von größeren Gesichtspunkten staatsbürgerlicher Natur ganz zu schweigen. Als eine neue Form dieser sogenannten sozialstudentischen Versuche ist die von unserem Sekretariat aus in die Wege geleitete sogenannte Residenzarbeit, die darin besteht, daß Studenten für einen Monat ihre Heimat verlassen und sich in einem sozialen Arbeitsorganismus einarbeiten. Als solcher kommt in Betracht: Gesellenhaus, Industriepfarre, Auswandererstation, Volksbibliothek, Arbeitsnachweis, Fürsorgehaus, Krüppelheim, Arbeitersekretariat und Gewerkschaftsbureau. In Anlehnung an letzteres kann der Residenzarbeiter einen Blick in die Bureautätigkeit, in das Kassenwesen, in die Organisation, in Vertrauensmännerversammlungen, in agitatorische Arbeit, in die Tätigkeit der gegnerischen Organisationen, in soziale Wahlen, in Wohnungsverhältnisse der Proletarier, in Ideen- und Gefühlswelt der Arbeiter wie der Gewerkschaftsbeamten bekommen. Der nächste Termin zum Beginne der Residenzarbeit ist der 1. März 1911. Wir bitten daher diejenigen Gewerkschaftsbureaus, die bereit sind, einem Residenzarbeiter für die Dauer des Monats März zur Erreichung obiger Kenntnisse und Beziehungen behilflich zu sein, uns umgehend davon Mitteilung zu machen, da bis zum Beginne der Residenzarbeit (am Orte selbst unentgeltlicher Aufenthalt — Kost und Logis—) noch festgelegt werden muß. Die Studenten selbst, die die Arbeit übernehmen, seien der Sympathie der Arbeiterschaft bestens empfohlen. Sie können übrigens als Leiter heimatlicher Arbeiterkurse am Orte selbst auch ihrerseits sich im Interesse der Gewerkschaft und ihrer Mitglieder, sowie des Arbeiterstandes überhaupt, wieder nützlich machen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: **Cöln,** die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn, **Dorstmar** (Streik der Maurer), **Lage i. L.** (Streik), **Düsseldorf,** die Firma Jensen für Zimmerer, **Gelsenkirchen** die Firma Stolze, **Berlin** (Dachdecker) die Firma Althaus, Ackerstr., **Essen** (Fliesenleger) Sperre über die Essener Baumaterialien-Vertriebsgesellschaft Lange u. Comp., **Duisburg,** (Fliesenleger) Sperre über Hünebeck & Co. Zuzug ist fernzuhalten.

Das Zentralschiedsgericht

hält seine nächste Sitzung am 16. Februar, vormittags 10 Uhr, im Reichstagsgebaude ab.

Bezirk Bochum.

Bochum. (Zimmerer.) Die Schlichtungskommission der Zimmerer, welche am Freitag, den 3. Februar, im Restaurant Zeisner tagte, wählte zum Vorsitzenden der Kommission Herrn Zimmermeister Jankort, zum Schriftführer wurde Kollege Otto Schäler (Zimmerer) gewählt. Da nach dem neuen Tarifvertrag feste Normen für die Ueberlandarbeit vereinbart werden sollen, so hat man auch in der Kommission für das Bochumer Vertragsgebiet nachfolgende Vereinbarungen einstimmig festgelegt:

1. Bei Arbeiten, welche über die Ortsgrenze hinaus ausgeführt werden und mindestens drei Kilometer vom Mittelpunkt der Stadt (Marktplatz) entfernt sind, wird eine tägliche Vergütung von 75 Pf. gezahlt. Ist Fahrgelegenheit vorhanden, so ist täglich eine freie Hin- und Rückfahrt zu gewähren, andernfalls fällt die Laufzeit, welche über die Ortsgrenze hinausgeht oder drei Kilometer vom Mittelpunkt der Stadt (Marktplatz) entfernt ist, in die Arbeitzeit.

2. Ist Uebernachten erforderlich, so wird Entschädigung für Kost und Logis gewährt. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen. Den Gesellen wird das Fahrgeld für die Hin- und Rückfahrt vergütet. Beträgt das Fahrgeld für die Hin- und Rückfahrt mehr wie drei Mark, so hat nur der verheiratete Geselle die Berechtigung, alle drei Wochen nach Hause zu fahren. Bei sehr großen Entfernungen unterliegen die Fahrtangelegenheiten auch für Verheiratete der besonderen Vereinbarung zwischen Meister und Geselle. Die einmalige Hin- und Rückfahrt gilt als Arbeitszeit, während die Zwischenfahrten in der freien Zeit zu geschehen haben.

Die Bochumer Kollegen ersehen aus diesen Vereinbarungen, daß bedeutende Verbesserungen geschaffen worden sind. Um diese und die übrigen tariflichen Bestimmungen nun auch durchzuführen, ist eine starke Organisation der Zimmerer notwendig. Somit mögen alle Kollegen in diesem Jahre für eifrige Werbearbeit für unsern Verband Sorge tragen.

Essen (Ruhr). Die Sperre über die Firma Völlinger (Maschinenbauschule) ist aufgehoben, da die Firma den Tariflohn zahlt.

Duisburg. Gesperrt ist die Firma Hünebeck u. Co. für Fliesenleger, wegen Nichtzahlung der tariflichen Akkordsätze.

Bezirk Cöln.

Einigungsamt Barmen.

Sitzung des Einigungsamtes für das Baugewerbe im Bergischen Bezirk im Rathaus zu Barmen am 19. Dezember 1910.

Beginn gegen 11 Uhr vormittags.

Anwesend: a) als Vorsitzender: Beigeordneter Dr. Hartmann; b) als Mitglieder des Einigungsamtes: 1. für die Arbeitgeber: P. W. Schulte, W. Becher, Kl. Schmidt, W. Theis, H. Gabel; 2. für die Arbeitnehmer: E. Muth, Chr. Ahrens, V. Jantzen, Bernh. Deppe, letzterer als Vertreter für Jos. Preuß; c) als Vertreter der Arbeitgeber-Organisation (Schutzverband der Bergischen baugewerblichen Betriebe): Heinr. Frese, W. Gries, Geschäftsführer H. Ulzhöfer; d) als Vertreter der Arbeitnehmer-Organisationen: W. Balser (für den Zentralverband der Maurer Deutschlands); e) als Parteien: 1. W. Balser als bevollmächtigter Vertreter der Kläger Salmikeit und Kirst, 2. Gust. Dehler (in Begleitung seines Sohnes) als Beklagter, 3. Maurer Alb. Schneider als Kläger, 4. Wilh. Lang als Vertreter der beklagten Firma H. Witte; f) als Protokollführer: Oberstadtsekretär Penz.

Tagesordnung:

1. Klage des Maurers Paul Salmikeit zu Elberfeld gegen den Bauunternehmer Gust. Dehler zu Elberfeld auf Zahlung einer Entschädigung von 4,93 ℳ für einen Tag Versäumnis infolge unzulässiger Maßregelung, sowie von 2,90 ℳ für fünf Stunden Versäumnis durch Wahrung von Terminen vor der Schlichtungskommission und dem Einigungsamt.

2. Klage des Maurers Konr. Kirst zu Elberfeld gegen denselben Bauunternehmer auf Zahlung einer Entschädigung von 9,86 ℳ für zwei Tage Versäumnis infolge unzulässiger Maßregelung, sowie von 2,90 ℳ für fünf Stunden Versäumnis durch Wahrung von Terminen vor der Schlichtungskommission und dem Einigungsamt.

3. Mitteilungen des Vorsitzenden.

4. Klage des Maurers Alb. Schneider zu Elberfeld gegen die Firma Heinr. Witte zu Barmen auf Zahlung eines Betrages von 11,74 ℳ als Zuschlag für schmutzige Feuerungsarbeit.

5. Antrag des Herrn V. Jantzen, die Fassung des Sitzungsprotokolls vom 1. Dezember 1910 zu Punkt 4 dahin abzuändern, daß in dem Satze „so ist eine Entschädigung für den vollen Arbeitstag von" das Wort „vollen" gestrichen werde.

Das Einigungs-Amt beschloß, zunächst über die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung zu verhandeln.

Zu 4: Der Maurer Alb. Schneider hat im Dienst bei der Firma H. Witte an einer Dampfkesselanlage einen Fuchs zum Teil abgebrochen, zum Teil gereinigt und den im Betrieb verbliebenen Teil durch Herstellung einer Querwand wieder geschlossen. Aus einer vorgelegten Skizze, die von den Parteien als richtig anerkannt wurde, geht der Grundriß und der Querschnitt des fraglichen Fuchskanals hervor. Kläger hält die Arbeit für eine nach dem Tarifarbeitsvertrage lohnzuschlagspflichtige schmutzige Feuerungsarbeit und verlangt dafür von dem Beklagten den tarifmäßigen Lohnzuschlag von 11,74 ℳ, obgleich ihm durch den Polier vor Beginn der Arbeit ausdrücklich gesagt worden ist, daß diese Arbeit nicht als Feuerungsarbeit bezahlt werden würde.

Beklagter weigert Zahlung des Lohnzuschlages, weil er der Ansicht ist, daß es sich hier nicht um eine Feuerungsarbeit im Sinne des Tarifs handelt.

Von der Schlichtungskommission ist die Sache bei Stimmengleichheit für und gegen unentschieden geblieben. Der Vorsitzende verlas das bezügliche Sitzungsprotokoll der Schlichtungskommission.

Die Parteien verblieben bei ihrer bisherigen Ansicht. Der Vertreter der Beklagten erklärte, daß die Zumauerung des verbliebenen Teiles des Fuchses nur drei Stunden gedauert habe. Während die Arbeitnehmer-Mitglieder sich dahin aussprachen, daß die ganze Arbeit des Klägers eine im Sinne des Tarifvertrages schmutzige Feuerungsarbeit gewesen sei, wurde dies von den Arbeitgeber-Mitgliedern bestritten. Die Arbeitnehmer-Mitglieder behaupteten und die Arbeitgeber-Mitglieder bestritten, daß es früher im hiesigen Bezirk üblich gewesen sei, derartige schmutzige Abbrucharbeiten außerhalb des eigentlichen Feuerungsraumes eines Dampfkessels mit einem Lohnzuschlag zu bezahlen.

Der Vorsitzende erklärte, daß er ohne Anhörung eines unparteiischen sachverständigen Gutachters nicht in der Lage sei, in dem vorliegenden Falle zu entscheiden.

Es wurde einstimmig beschlossen, die Entscheidung vorläufig zu vertagen und in der nächsten Sitzung

a) den Oberingenieur des Berg. Dampfkessel-Ueberwachungsvereins Herrn Vogt oder, wenn dieser verhindert sei, einen der Ingenieure des Vereins gutachtlich darüber anzuhören,

ob im technischen Sinne die Arbeit des Klägers eine Feuerungsarbeit war,

b) den früheren Bauunternehmer und jetzt geschäftslosen Herrn Wilh. Becker, Andreasstr. 3 zu Elberfeld wohnhaft, sowie einen von der örtlichen Vertretung des Z. V. d. M. D. noch zu benennenden Arbeitnehmer, der sich früher viel mit Feuerungsarbeiten beschäftigt hat, darüber zu vernehmen, ob und inwieweit früher, d. h. vor Inkrafttreten der Tarifverträge, Arbeiten als Feuerungsarbeiten über den gewöhnlichen Lohnsatz hinaus bezahlt worden sind.

Die Parteien wurden entlassen und entfernten sich.

Zu 5: Im allseitigen Einverständnis beschließt das E.-A. bezüglich der Fassung des Protokolls über seine Sitzung am 1. Dezember 1910 zu Punkt 4 der damaligen Tagesordnung folgendes:

In dem Satze: „so ist eine Entschädigung für den vollen Arbeitstag von 65 Pf. zu bezahlen" soll das Wort „vollen" beibehalten werden. Dagegen soll die besondere protokollarische Feststellung der übereinstimmenden Ansicht beider Parteien unter Ziffer 1 folgenden Wortlaut erhalten:

„1. Der Arbeitstag gilt als voll, wenn nicht bis 12 Uhr mittags der Polier erklärt hat, daß die Arbeit nachmittags nicht fortgesetzt werden soll."

Im übrigen wurde gegen die Fassung des Sitzungsprotokolls vom 1. Dezember 1910 nichts eingewendet.

Zu 1, 2 und 3: Hinsichtlich der Klage zu 1 und 2 hat die Schlichtungskommission einstimmig die Entscheidung dem Einigungsamt überlassen. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß die Vorsitzenden der drei Einigungsämter Essen, Cöln und Barmen am 15. Mai 1909 eine Besprechung gehabt und wegen der sachlichen Zuständigkeit des Einigungsamtes und der Schlichtungskommissionen folgenden Grundsatz aufgestellt hätten:

„Schlichtungskommission und Einigungsamt sind unter Ausschluß der zuständigen Gerichte zur Entscheidung der Streitigkeiten berufen, die über Auslegung und Befolgung der Vertragsbestimmungen und des Akkordtarifs zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstehen. Einigungsamt empfiehlt aber den am Vertrage Beteiligten, auch in anderen Fällen, insbesondere bei Lohnstreitigkeiten, die Schlichtungskommission (evtl. auch Einigungsamt) anzurufen, und zwar unter Verweisung des Falles an die zuständigen Gerichte, wenn eine Einigung nicht zustande kommt."

Weiter erwähnt der Vorsitzende, daß bei dem E.-A. Barmen hiernach bisher nicht strenge verfahren worden sei, indem hier auch über bestimmte Lohn- und Entschädigungs-Streitigkeiten im Anschluß an die Entscheidung darüber, ob in dem Falle gegen den Tarifarbeitsvertrag verstoßen worden sei, gleich mit entschieden worden sei, selbst auch dann, wenn eine Einigung der Parteien darüber nicht zu erzielen gewesen war. Es sei nun zu erwägen, ob man sich auch hier ferner nach der Praxis der Einigungsämter Essen und Cöln richten und in Fällen von bestimmten Zahlungsforderungen der Parteien bei Nichteinigung der Beteiligten die Streitigkeit an das Gewerbegericht zur Entscheidung verweisen solle.

Ueber diese Frage fand eine längere Besprechung statt. Teils sprach man sich für die Beibehaltung der bisherigen Praxis des hiesigen Einigungsamtes, teils dagegen aus. Von einem Mitgliede, das auch dem E.-A. in Essen angehört, wurde mitgeteilt, daß nach seiner Erinnerung auch das E.-A. Essen schon über bestimmte Geldansprüche von Klägern selbst bei Nichteinigung der Parteien endgültig mit entschieden habe. Ferner wurde erwähnt, daß das Königl. Gewerbegericht in Elberfeld in einem Falle sich kürzlich für unzuständig erklärt habe aus dem Grunde, weil auch zur Entscheidung über die bestimmte, infolge Verstoßes der Gegenpartei gegen den Tarifarbeitsvertrag eingeklagte Geldforderung des Klägers ausschließlich das Einigungsamt endgültig zuständig sei. Die Partei sei also nicht imstande, eine Entscheidung über ihre Geldforderung in dem einzelnen Falle herbeizuführen, wenn das E.-A. über den Anspruch vermögensrechtlicher Natur nicht gleich mit entscheide. Es sei demnach notwendig, entweder daß das E.-A. auch über die speziellen Geldansprüche aus einem Verstoß gegen den Tarifvertrag mit entscheide, oder daß die Gewerbegerichte vom E.-A. über dessen Unzuständigkeit benachrichtigt würden.

Das E.-A. beschloß, in seiner nächsten Sitzung zu der vorliegenden Frage der sachlichen Zuständigkeit Stellung zu nehmen und heute in die Verhandlung der Punkte 1 und 2 einzutreten, ohne die spezielle Geldforderung der Kläger zu behandeln. Der Beklagte zu 1 und 2 wurde darauf entlassen und entfernte sich.

Nach längerer Besprechung der Frage, ob nach dem Tarifarbeitsvertrage das E.-A. überhaupt berechtigt sei, obsiegenden Parteien Entschädigung für Zeitversäumnis

a) infolge unzulässiger Maßregelung,

b) infolge Wahrnehmung von Terminen vor der Schlichtungskommission oder dem Einigungsamt

zuzuerkennen, beschloß das E.-A. einstimmig, die weitere Verhandlung der Punkte 1 und 2 der Tagesordnung und die Entscheidung darüber bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

Der Vorsitzende erklärte, daß er zu Punkt 3 weitere Mitteilungen in der nächsten Sitzung machen werde.

Schluß der Sitzung gegen 2¾ Uhr nachmittags.

Dieses Protokoll gilt als genehmigt, wenn nicht bis zum 2. Januar 1911 Einspruch bei dem Protokollführer eingeht.

Bezirk Münster.

Billerbeck. Laut Tarifvertrag mußten die Verhandlungen zwecks Erneuerung desselben im Dezember aufgenommen werden. Wir wandten uns dieserhalb an die Unternehmer und erklärten sich selbige auch bereit, zu verhandeln, doch hielt es nur einer derselben, Herr Averhoff, für notwendig, zu erscheinen; eine Einigung mit ihm war nicht zu erzielen. Die Kollegen beschlossen dann in der Versammlung, auf Grund des Verhaltens der Arbeitgeber, bis zum Ablauf des Vertrages (30. April) eine abwartende Stellung einzunehmen, erklärten sich aber gleichzeitig bereit, wieder mit den Unternehmern in Verhandlungen einzutreten, sobald selbige solche beantragen. Bei Hochhaltung der Solidarität läßt sich hier das gesteckte [illegible] sehr leicht erreichen.

Warendorf. Nachdem am 28. Dezember den hiesigen Unternehmern unserer Forderungen unterbreitet waren, fanden am 25. Januar Verhandlungen mit dem Unternehmer Carle statt, die jedoch noch zu keinem Resultat führten, da die Firma wohl nach ihrem Gutdünken einzelnen Arbeitern den Lohn „etwas" aufbessern wollte, eine Erhöhung des Tariflohnes lehnte sie jedoch ab. Da sie zu weiteren Zugeständnissen nicht bereit war, wurde das Ergebnis den Mitgliedern in einer darauffolgenden Versammlung unterbreitet, jedoch wurde es einstimmig abgelehnt. Die Lohnkommission wurde beauftragt, erneut in Verhandlungen einzutreten; ob eine Einigung zu erzielen ist, erscheint sehr fraglich. Es wurde dann ein Beschluß gefaßt, daß bis zur endgültigen Beendigung der Lohnbewegung kein Kollege sich durch Uebernahme von Akkordarbeiten binden darf. Halten die Kollegen die Einigkeit hoch und wahren strenge Disziplin, so wird bei der in Aussicht stehenden recht guten Konjunktur die Bewegung zu einem befriedigenden Ende geführt werden können.

Jahresberichte der Bezirke.

Bezirk Danzig.

Wie im allgemeinen, so war auch für den Bezirk Danzig das verflossene Jahr ein Jahr harten und schweren Kampfes. Es stellte besonders hohe Anforderungen an die Opferwilligkeit der Kollegen. Der bevorstehende Kampf übte eine lähmende Wirkung auf die Bautätigkeit aus, so daß vor demselben ein großer Teil der Kollegen an Arbeitslosigkeit zu leiden hatte. Von der Baukonjunktur kann folgendes berichtet werden: zufriedenstellend war dieselbe in Danzig, Oliva, Zoppot und Dirschau. In Neustadt, Putzig und Schönlanke wurde nur wenig gebaut. Eine gute Bautätigkeit war nur in Schneidemühl. Die Neubauten der Eisenbahn-Werkstätte und eine Menge Privatbauten gaben außer den Schneidemühler Kollegen auch Arbeitsuchenden anderer Orte das ganze Jahr hindurch lohnende Beschäftigung. In verschiedenen Orten wurden die Bauten absichtlich bis nach dem Kampfe zurückgestellt. Auch gingen im Frühjahr die Arbeitgeber recht vorsichtig mit der Einstellung von Arbeitsuchenden vor, indem fremde und unorganisierte bevorzugt wurden.

Nach dem Kampfe trat überall eine Belebung der Bautätigkeit ein, und dürfte sich dieselbe 1911 noch reger gestalten. Anzeichen dafür sind vorhanden, z. B. sieht der Staatshaushaltungsplan für Westpreußen eine Menge größerer Bauten vor. In Danzig ein Geschäftshaus für die Eisenbahndirektion, veranschlagt auf 2 400 000 ℳ; ferner ein Geschäftshaus für die Weichselstrom-Bauverwaltung und das Provinzial-Schulkollegium; für eine Wegeunterführung in Langfuhr sind die Baukosten auf 220 000 ℳ veranschlagt; Erweiterung des Bahnhofes Kulm auf 146 000 ℳ; Herstellung eines neuen Rangierbahnhofs bei Dirschau 8 900 000 ℳ; zum Bau eines Zentralgefängnisses für Westpreußen in Stuhm als erste Rate 150 000 ℳ. Ferner ist vorgesehen für den bereits begonnenen Neubau des Realgymnasiums in Langfuhr als zweite Rate 155 000 ℳ; in Czersk für den Neubau als Dienstwohnung für zwei Amtsrichter 54 000 ℳ. Außer mehreren Privatbauten ist der Umbau des Königlichen Amtsgerichts in Danzig ebenfalls noch auszuführen. Dieses sind nur einige der vorgesehenen Bauten. Diese wenigen lassen aber schon berechtigte Hoffnungen auf lohnende Arbeit und somit auf eine steigende Mitgliederbewegung schließen.

Der am 15. April beginnende Kampf und die schlechte Bautätigkeit brachten es mit sich, daß die Zahl der Mitglieder nicht viel vergrößert werden konnte. Während des Kampfes hatten alle fähigen Kollegen vollauf Beschäftigung mit der Führung desselben, so daß für die Ausbreitung des Verbandes keine Zeit übrig blieb. Einen Zuwachs von Mitgliedern konnten nur die Zahlstellen in Schneidemühl und Dirschau verzeichnen. In Danzig mit Vororten, Pr.-Stargard und Zoppot konnte der Abgang der Mitglieder durch Neuaufnahmen ausgeglichen werden. Mitgliederrückgang haben die Verwaltungsstellen Neustadt, Putzig und Schönlanke. Als Ursache dieses Rückganges muß die schlechte Baukonjunktur bezeichnet werden. Die größte Schuld trifft auch die Kollegen selbst. Durch Schaden werden auch diese Kollegen wieder zur Vernunft kommen. Die Lohnkürzungen dürften wohl geeignet sein, einmal nachzudenken, ob das Sparen der Verbandsbeiträge nicht eine falsche Sparsamkeit ist. — Die Verwaltungsstelle Hammerstein ist eingegangen. Die Kollegen befürchteten, wenn sie organisiert sind, werden sie ausgesperrt. Neu gegründet wurde die Zahlstelle Usch mit 42 Mitgliedern.

Der Stillstand in der Mitgliederbewegung ist aber keine Veranlassung zur Mutlosigkeit. Im Gegenteil: daß unter den christlichen Bauarbeitern des Danziger Bezirks noch Werbekraft vorhanden ist, geht daraus hervor, daß vom 1.—3. Quartal 1910 309 Eintrittsmarken verkauft worden sind. Ferner liegen Nachrichten von Orten vor, wo Neugründungen in nächster Zeit bestimmt erfolgen können. Was der Bezirksleitung Anlaß zum Klagen gibt, ist, daß an manchen Orten die fähigsten Kollegen aus falscher Rücksichtnahme die Verwaltung der Ortsgruppen weniger dazu geeigneten Kollegen überlassen. Dies muß im neuen Jahre anders werden. In diesem Jahre stehen uns Kämpfe wie im vergangenen nicht bevor. Es muß deshalb in möglichst großem Maße Haus- und Bauten-Agitation betrieben werden. Wenn in dieser Beziehung in allen Ortsgruppen ziel- und planmäßig gearbeitet wird, dann ist zu erwarten, daß es auch im Danziger Bezirk im neuen Jahre vorwärts geht.

Die Aussperrung war allgemein und ist deshalb an anderer Stelle in ihrer Gesamtwirkung schon ausreichend besprochen worden. Hier seien nur einige nicht unbedeutende Einzelheiten über den Verlauf des Kampfes aus dem Danziger Bezirk nochmals erwähnt. Der Arbeitgeber-Verband für Westpreußen hat alle auch nur erdenklichen Mittel angewendet, um einen Erfolg der Arbeiter zu verhindern und scheute selbst nicht vor der Aufforderung zum Tarifbruch zurück. Für Zoppot besteht ein Tarifvertrag bis 1. April 1911, somit war dieser Ort an dem Kampfe nicht beteiligt. Trotzdem forderte der Arbeitgeber-Verband für Westpreußen auch diese Arbeitgeber auf, sich an der Aussperrung zu beteiligen. Die Zoppoter Bauarbeiterschaft, welche im christlichen Bauarbeiterverband organisiert ist, hatte 1909 ohne Kampf den Tarifvertrag verlängert. Als Lohnerhöhung begnügten sich die Arbeiter mit nur 1 Pfennig Zulage pro Stunde. Um so mehr mußte uns nachstehender von den Zoppoter Arbeitgebern verfaßter Beschluß frappieren. Derselbe verdient hier nochmals erwähnt zu werden:

„Der Ortsverband Zoppot billigt die Maßnahmen des deutschen Arbeitgeberbundes voll und ganz und ist leider nur durch einen vor seiner Zugehörigkeit zum deutschen Arbeitgeberbund geschlossenen Vertrag nicht in der Lage, sich an der Durchführung der Aussperrung zu beteiligen.

Es soll jedoch das Bestreben des Ortsverbandes Zoppot sein, die Zoppoter Bautätigkeit nach Möglichkeit einzuschränken, um auf diese Weise die Bestrebungen des deutschen Arbeitgeberbundes zu unterstützen."

Das ist eins von den vielen nicht ganz einwandfreien Mitteln, welche gegen uns angewandt wurden. Da der Ausgang des Kampfes den Arbeitern keine Veranlassung zur Unzufriedenheit gibt, wollen wir nach dem Kampfe als anständige Kämpfer den Arbeitgebern auch nichts Uebles mehr nachtragen. Die Lehren, die der Bauarbeiterkampf uns gegeben hat, wollen wir beherzigen, indem wir uns gesagt sein lassen, daß die Arbeiterschaft in Zukunft nur noch Siege erringen wird, wenn wir uns starke Organisationen schaffen, welche über gefüllte Kriegskassen verfügen.

Ueber die Erfolge im Bezirk Danzig, welche durch die Lohnbewegung und Tariferneuerung in Zoppot erreicht wurden, gibt nachstehende Tabelle Aufschluß.

Nr.	Lohngebiete / Ort	Bisheriger Stundenlohn 1909	Tabelle der Stundenlöhne für 1910	1911	1912	Mehrverdienst Steiger. ₰	Tägl. Stundenzahl 1909	Die Arbeitszeit beträgt für 1910	1911	1912	Ueberstunden ₰	Nachtarbeit	Sonntagsarbeit	Wasser- und Turmarbeiten ₰
1	Danzig, M.	55	56	58	60	5	10	10	10	10	10	50%	100%	10
	Danzig, Z.	53	54	56	59	6	10	10	10	10	10	50%	100%	10
	Danzig, A.	38	39	42	44	6	10	10	10	10	10	50%	100%	10
2	Danziger Höhe, M.	50	50	53	55	5	11	11	10½	10	5	10 ₰	15 ₰	—
	Danziger Höhe, Z.	47	47	50	53	6	11	11	10½	10	5	10 ₰	15 ₰	—
	Danziger Niedergang, M.	45	45	47	49	4	11	11	10½	10	5	10 ₰	15 ₰	—
	Danziger Niedergang, Z.	43	43	45	48	5	11	11	10½	10	5	10 ₰	15 ₰	—
3	Dirschau, M.	45	46	50	55	10	11	11	10½	10	5	10 ₰	15 ₰	—
	Dirschau, Z.	43	44	48	53	10	11	11	10½	10	5	10 ₰	15 ₰	—
	Dirschau, A.	25—29	31	35	38	11—13	11	11	10½	10	5	10 ₰	15 ₰	—
4	Pr.-Stargard, M.	42	43	45	47	5	10	10	10	10	10	15	15	—
	Pr.-Stargard, Z.	42	43	45	47	5	10	10	10	10	10	15	15	5
5	Neuteich, M.	41	42	45	46	5	11	11	10½	10	5	10	15	—
	Neuteich, Z.	40	41	44	46	6	11	11	10½	10	5	10	15	—
6	Schneidemühl, M.	45	46	48	50	5	10	10	10	10	5	10	10	—
	Schneidemühl, Z.	43	44	46	49	6	10	10	10	10	5	10	10	5
	Schneidemühl, A.	28 30	31	33	35	5—7	10	10	10	10	5	10	10	—
	Schneidemühl, Kalkträger	30—32	36	38	40	8—10	10	10	10	10	5	10	10	—
7	Schönlanke, M.	39	39	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Schönlanke, Z.	39	39	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8	Zoppot, M.	53	54	—	—	—	10	10	10	10	10	—	20	—
	Zoppot, Z.	51	52	—	—	—	10	10	10	10	10	—	20	—
	Zoppot, A.	35	36	—	—	—	10	10	10	10	10	—	20	—
	Zoppot, Kalkträger	38	39	—	—	—	10	10	10	10	10	—	20	—

Keine Tarife sind bis jetzt abgeschlossen in Neustadt, Schönlanke und Pr.-Stargard; hier weigern sich die Arbeitgeber den Dresdener Schiedsspruch anzuerkennen. In letzterem Orte besteht nur als Differenz die Zahlung des Landgeldes. In den übrigen sechs Lohngebieten sind die Tarife abgeschlossen, auch werden die vereinbarten Bedingungen innegehalten. Zum Abschluß eines Akkordtarifes forderten uns nur die Arbeitgeber in Danzig auf. Eine Einigung ist noch nicht erfolgt. Die Arbeitgeber verlangen für alle Maurer- und Zimmerarbeiten einen Akkordtarif, während auf Arbeitnehmerseite der Akkordtarif sich nur auf Akkordputzen, Kalk- und Steinetragen ausdehnen soll. Neben der allgemeinen Lohnbewegung mußten außerdem noch bei nachstehenden Firmen resp. Bauherren Bausperren verhängt werden: Körner-Langfuhr, Dadda und Haupt-Oliva, Schmidtke-Zoppot und bei Wilke aus Dirschau über die Bauten in Danzig am Troyl. Die Veranlassung dazu war, daß diese Firmen versuchten Verschlechterungen einzuführen. Die Bausperren endeten alle mit einem Erfolg der Arbeiter. So brachte der Kampf im Baugewerbe den Arbeitern einen großen materiellen sowie auch ideellen Erfolg. Dieser Erfolg gleicht die gebrachten Opfer reichlich aus. Im Danziger Bezirk war die Zahl der ausgesperrten Kollegen etwa 300. Der Verlust an Arbeitslohn der von der Aussperrung Betroffenen betrug für 8781 verloren gegangene Arbeitstage 34 297 ℳ. An Unterstützungen während der Aussperrung sind seitens der Zentralkasse 11 664 ℳ gezahlt worden.

Der Kampf im Baugewerbe hat auch in Westpreußen die Arbeitgeber aufgerüttelt und den Arbeitgeberverband bedeutend gestärkt. Bemerkenswert ist, daß Herr Herzog, welcher bei der Aussperrung sich durch seine Flugblätter „berühmt" gemacht hat, als Vorsitzender nicht mehr wiedergewählt wurde. An seine Stelle ist Herr Baugewerksmeister Eichholz in Danzig getreten. Auch die Arbeitgeber der Provinz Posen sind stark organisiert. Dem Provinzialverbande gehören 24 Verbände mit 360 Mitgliedern an.

Das Verhältnis zu den gegnerischen Organisationen ist das alte geblieben. Mit den einzelnen Führern war eine Verständigung in allen wichtigen Angelegenheiten möglich. Auf den Bauten wird die Bekämpfung der christlichen Bauarbeiter fortgesetzt. Recht oft liefen Klagen unserer Mitglieder über den Lokalbeamten der Zimmerer Reck und den der Bauhilfsarbeiter Brill ein. Es scheint fast, als ob diese Herren mehr Gewicht darauf legen, Christliche zum Uebertritt zu zwingen, als Nichtorganisierte dem Verbande zuzuführen.

Auf sozialem Gebiete fand sich wenig Gelegenheit zur Betätigung der Mitglieder. Nur die am 13. März stattgefundene Gesellen-Ausschußwahl in Danzig bot Gelegenheit, sich daran zu beteiligen.

Das Verhältnis zu den katholischen Arbeitervereinen ist das denkbar beste; wiederholt werden die Mitglieder aufgefordert, den christlichen Gewerkschaften beizutreten. Auf dem Delegiertentag am 29. Mai v. Js. wurde folgender Antrag einstimmig angenommen.

Der Delegiertentag hält nach wie vor die christlichen Gewerkschaften für die richtigen beruflichen Organisationen zur Lösung der wirtschaftlichen Fragen und empfiehlt allen organisationsfähigen Mitgliedern dringend, den christlichen Gewerkschaften beizutreten.

Aber trotz dieser Empfehlung müssen wir feststellen, daß ein großer Teil organisationsfähiger Arbeiter zum Beitritt nicht zu gewinnen sind. Soll das besser werden, dann wird es Aufgabe der christlichen organisierten Arbeiterschaft sein, den konfessionellen Vereinen beizutreten, um dort als Vertrauensmann die Werbearbeit zu betreiben. Das gilt für evangelische wie für katholische Arbeitervereine.

An Arbeit war das Jahr reich und erforderte von der Bezirksleitung mehr, als dieselbe vielfach zu erledigen imstande war. Zu bedauern ist es, wenn dazu noch allerlei Kleinkram aufgebürdet wird.

Dem Verlangen nach einem Referenten konnte nicht immer entsprochen werden. Der Bezirksleiter war in 28 öffentlichen und 88 Mitgliederversammlungen tätig. Er nahm an 18 Vorstandssitzungen und 15 Verhandlungen mit den Unternehmern teil. Ferner fanden 11 gemeinsame Sitzungen mit den „freien" Bauarbeiterverbänden statt. Achtmal referierte er in anderen christlichen Gewerkschaften oder konfessionellen Arbeitervereinen. In 22 Fällen mußte er Differenzen auf den Baustellen schlichten. Vor dem Gewerbegericht wurden zwei Kollegen vertreten, einer vor dem Schiedsgericht der Bauinnung und einer vor dem Amtsgericht in Lauenburg. Größere Konferenzen fanden 12 statt. Durch 29 eingereichte Lohnklagen

wurde den Kollegen die Summe von 903,63 ℳ gerettet. Auch daraus sollten die Kollegen den hohen Wert der Organisation erkennen.

Es gingen ein: 224 Briefe, 211 Postkarten, 6 Telegramme, 8 Postanweisungen, 24 Drucksachen und 4 Pakete. Es gingen aus: 251 Briefe, 324 Karten, 219 Drucksachen, 19 Telegramme und 3 Pakete. Viel Zeit erforderte auch der Arbeitsnachweis, indem der Bezirksleiter bei Nachfrage nach Bauarbeitern erst lange suchen mußte, um die erforderlichen Arbeitskräfte stellen zu können. Auch hierin muß der Bezirksleitung seitens der Kollegen mehr Unterstützung zuteil werden; jeder Arbeitslose muß sich im Bureau melden, und diejenigen Kollegen, welche in der Lage sind, nachzuweisen, wo Kollegen eingestellt werden, sind an dieselbe Verpflichtung erst recht gebunden. Nur ein reges Zusammenarbeiten kann unsere Sache fördern.

Der Bericht würde nicht ganz vollständig sein, wenn nicht noch einer Begebenheit gedacht würde, welche für die christlichen Gewerkschaften von prinzipieller Bedeutung ist. Seitens der „Genossen" sind wir es fast gewöhnt, als „Zentrumsgewerkschaften" betitelt zu werden. Daß die Behörde die christlichen Gewerkschaften als politische Vereine bezeichnet, dürfte wohl nur in Westpreußen zu verzeichnen sein. In der „Baugewerkschaft" erwähnten wir vor einigen Monaten schon, daß der Vorsitzende der Verwaltungsstelle in Putzig deshalb zu 3 ℳ Polizeistrafe verurteilt wurde, weil er der Polizei auf ihr Verlangen nicht das Verzeichnis der Mitglieder und des Vorstandes einreichte. Das angerufene Amtsgericht daselbst stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt, die christlichen Gewerkschaften sind „politische" Vereine. Die Strafe wurde auf 1 ℳ herabgesetzt oder einen Tag Haft. Auf die eingelegte Berufung kam die Sache vor die Danziger Strafkammer. Auch diese stellte sich auf den Standpunkt, daß die Gewerkschaften unter § 3 Abs. 2 des Vereinsgesetzes fallen, und wurde die Berufung verworfen. Nach einem solchen aufsehenerregenden Urteil wandten wir uns an die höchste Instanz, es blieb jedoch dabei. Gelegentlich muß im Reichstag die Sache zur Sprache gebracht werden.

Eine Reihe wichtiger Ereignisse kann des Raumes halber nicht erwähnt werden. Große Aufgaben harren auch in diesem Jahre der Erledigung, wir werden sie aber nur bewältigen können, wenn sich freiwillig mehr Mitglieder in den Dienst der guten Sache stellen. Denjenigen Kollegen, welche mitgearbeitet haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Mögen im neuen Jahre alle Verbandskollegen ihre Pflichten erfüllen, dann wird das Jahr 1911 für unsern Bezirk Danzig mehr Erfolge zeitigen.

Danzig, den 27. Januar 1911.

Heinrich Müller, Bezirksleiter.

Bezirk Berlin.

Wiederum ist auch für den Berliner Bezirk ein Jahr dahingegangen. Es hat wohl viel Mühe und Arbeit gebracht, aber wenige Erfolge. Wiederum müssen wir auch wie im Vorjahre sagen, die gehegten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Betrachten wir den ganzen Bezirk, so müssen wir sagen, daß auch in der Zukunft der Agitation die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Die politischen Zerwürfnisse unter den bürgerlichen Parteien leisten unseren Gegnern den denkbar besten Vorschub, finden wir doch keinen größeren und kleineren Ort, wo nicht der politische, wie gewerkschaftliche Gedanke derselben festen Fuß gefaßt hat. Dennoch dürfen und wollen wir in der gewerkschaftlichen Agitation für unsere Sache nicht erlahmen. Würden nur unsere Kollegen mehr Mut in der Agitation zeigen, so würden auch die Mühen Belohnung finden, und eine größere Ausbreitung des christlichen Gewerkschaftsgedankens würde auch im Berliner Bezirk vor sich gehen.

Die Arbeitsgelegenheit war für Berlin nicht besonders gut, da sich die Bautätigkeit in der Hauptsache auf die Vororte ausdehnt. Es wurde im Frühjahr der Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin an der Oberhavel in Angriff genommen. In Pankow wurden neben mehreren Privathäusern auch durch die Gemeindeverwaltung größere Bauten ausgeführt. Für die Gemarkung bei Stolpe wurde ein neues Grundwasserwerk mit einem Kostenaufwande von 2½ Millionen Mark beschlossen. Die Gemeinde Britz hatte zwecks Anlegung eines Bahnhofes für die Straßenbahn ein 20 Morgen großes Gelände an die große Berliner Straßenbahn verkauft. Hierdurch werden ziemlich 1000 Straßenbahnerfamilien ihren Wohnsitz in Rixdorf und Britz nehmen müssen. Charlottenburg wies wieder eine regere Bautätigkeit auf. In der Provinz Brandenburg hielt sich die Baulust ebenfalls in engeren Grenzen, der Andrang am Arbeitsmarkt stellte sich auf 185,6 gegen 171,0 im vergangenen Jahre, hier wie in Groß-Berlin konnten selbst nach der Aussperrung nicht alle Arbeitslosen beschäftigt werden. Dagegen hatte sich die Bautätigkeit in der Provinz Sachsen gegenüber dem Vorjahre merklich gebessert, besonders war dies in Chemnitz der Fall. In den übrigen ländlichen Bezirken, wo wir vertreten sind, klagten die Kollegen auch über zu wenig Arbeitsgelegenheit. Diese schwache Bautätigkeit hinderte uns ebenfalls in der Agitation.

In acht Orten sind schon seit einigen Monaten Einzelmitglieder gewonnen, und war es bis jetzt nicht möglich, dort eine Verwaltungsstelle zu gründen, obwohl in einem Orte z. B. 18 Kollegen an einem Fabrikbau, welcher zwei Jahre dauerte, tätig waren. Nach Fertigstellung desselben mußten die Kollegen den Ort der Arbeit wieder verlassen, blieben aber unserem Verbande treu. Ein Teil der gewonnenen Kollegen ist im Laufe des Jahres dem Verbande wieder untreu geworden, die Maßnahmen bei der letzten Aussperrung mögen dazu beigetragen haben. Es fehlte diesen Kollegen eben das tiefere Verständnis des Organisationsgedankens. Auch diese werden ihre Gleichgültigkeit noch einsehen und den Verband wieder zu finden wissen.

Die diesjährige Lohnbewegung hatte auch im Berliner Bezirk für ein ganz Teil Kollegen erhebliche Verbesserungen gebracht. Es wurde für 607 Kollegen auf die Dauer des Vertrages ein Mehrlohn von 5 Pf. pro Stunde, für 108 Kollegen von 4 Pf. pro Stunde, für 12 Kollegen von 10 Pf. pro Stunde erzielt.

Auch für die weitere Ausbildung der Kollegen wurde wiederum in Berlin und Senftenberg durch ein umfassendes Programm im Unterrichtskursus gesorgt. Senftenberg hat sich ferner eine kleine Bibliothek zugelegt, so daß, wenn die Kollegen nun die Bücher fleißig lesen, auch hierdurch der Gewerkschaftsgedanke weitergebildet wird. Es ist dies um so mehr nötig, da die „freien" Verbandskollegen immer wieder mit unlauteren Mitteln unserem Verbande gegenüber arbeiten. Wie oft und überall hört man nicht: Ja, wir können da und dort nicht arbeiten, weil die „freien" Verbändler dies nicht zugeben. Würden unsere Kollegen stets zur rechten Zeit das rechte Wort finden, dann könnten sie arbeiten, wo es ihnen paßte, denn die Hauptsache für einen Gewerkschaftler ist, organisiert zu sein und die Freiheit zu gebrauchen, in dem Verbande zu sein, wo es ihm am besten gefällt.

Der Bezirksleiter hat im verflossenen Jahre an 75 Mitgliederversammlungen, 26 Vorstands- und Kartellsitzungen teilgenommen. Ferner wurde in 28 öffentlichen und 12 Bruderversammlungen referiert. Anknüpfungspunkte wurden in 156 Orten gesucht, die teils zu einer Aussprache führten. Außerdem fanden 38 Versammlungen und Sitzungen bei Lohnbewegungen statt.

An Postsachen gingen im ganzen 406 Stück ein, Ausgang 515 Stück; ferner wurden noch über 800 Stück Handzettel und Abzüge im Bureau angefertigt. Die Gesamtausgabe des Bezirks an Gehalt, Fahrgeld, Spesen, Bureaumiete und Hilfskräfte betrug 4529,16 ℳ.

Wenn wir nun einen Rückblick auf das vergangene Jahr werfen, so finden wir, daß trotz aller Mühe der Erfolg nicht in dem Maße eingetroffen ist, wie wir erwartet hatten. Aber dennoch wollen wir in dem vor uns liegenden Jahre alle Kraft anspannen, wir wollen mit frischem Mut an die Arbeit gehen, wir wollen ebenfalls wieder Ausdauer und Energie zeigen; nicht erlahmen in der Haus- und Bautenagitation. Den Berliner Kollegen insbesondere aber möchte ich an dieser Stelle zurufen, was ich seit nunmehr zwei Jahren tue: Schafft euch endlich die Einigung in Berlin. Solange wir nicht alle zusammenstehen, zusammenarbeiten, wird es in Berlin nicht aufwärts gehen. Kollegen, schließen wir uns fest zusammen, um allen Stürmen widerstehen zu können, dann wird auch das neue Jahr für jeden einzelnen Kollegen wie auch für die Gesamtheit die idealen Bestrebungen unseres christlichen Bauarbeiterverbandes seine Wirkungen bringen.

Den Kollegen aber, die mir im verflossenen Jahre treu zur Seite gestanden, sei auch an dieser Stelle herzlicher Dank ausgesprochen, gleichzeitig mit der Bitte, auch im kommenden Jahre mit neuem Eifer für unsere Sache zu arbeiten.

Ich schließe mit dem Wunsche auf ein gutes Gedeihen unseres Bezirkes, jede große Zeit erfaßt den großen Menschen.

Kein Weiser setzt sich hin,
Verlorenes zu bejammern, nein, er sucht,
Mit frischem Mut es wieder einzubringen.

E. Hildebrand, Berlin.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Unsere Winteragitation auf dem Eichsfelde. In diesem Jahre war auf dem Eichsfelde eine systematische Winteragitation am Platze. Notwendig wurde dieselbe, um Gelegenheit zu nehmen, den Erfolg der Aussperrung nochmals den Kollegen recht vor Augen zu führen, um somit aber auch die säumigen Kollegen an ihre Pflichten zu erinnern. Weiter war die Agitation notwendig, um den anderen Ständen auf dem Eichsfelde die wirkliche Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu zeigen, denn gerade bei der letzten Aussperrung hat es sich gezeigt, daß besonders bei den Landwirten noch manche unberechtigte Vorurteile vorhanden sind. Auch hat es sich als dringend notwendig erwiesen, schon in der Heimat mehr für Aufklärung der jugendlichen Kollegen insbesondere der Lehrlinge zu sorgen, damit diese schon früh für unsere Bewegung begeistert werden. In letzter Zeit haben auch die „Genossen" wieder versucht, die Arbeiter des Eichsfeldes für sich zu kapern, daher mußten wir auch nach dieser Seite für Aufklärung sorgen.

Um die Agitation richtig einzuleiten, wurde am 27. Dezember in Duderstadt eine Konferenz abgehalten. Dieselbe war zahlreich besucht. Einige Orte fehlten, darunter solche aus der Nähe von Duderstadt, dagegen waren Kollegen anwesend, die lange Fußtouren zu machen hatten; mögen die Kollegen in den Orten, die auf der Konferenz fehlten, sich an diesen ein Beispiel nehmen. Kollege Zumbrock behandelte in einem Referate „Die Aufgaben der Winterzahlstellen". Dieses löste eine lebhafte Diskussion aus, und waren sich alle Kollegen darin einig, überall Winterzahlstellen zu gründen, und daß in diesen im Winter ein reges Gewerkschaftsleben einsetzen müsse. Insbesondere wurde auch darauf hingewiesen, daß die Kollegen im Winter ebenfalls die Agitation unter den Kalibergleuten sowie unter den Zigarrenarbeiterinnen betreiben müßten, damit auch hier die christlichen Gewerkschaften besser Fuß fassen. Im „Verschiedenen" wurde die Gründung von konfessionellen Arbeitervereinen angeregt und die Leitung beauftragt, Schritte zu unternehmen. Beschwerden wurden geführt über einige Krankenkassen in Westfalen. Hier würden bei gleich hohen Beiträgen nur den ansässigen verheirateten Mitgliedern Familienunterstützungen gewährt, wogegen Mitglieder, welche ihre Familie nicht im Bereich der Kasse wohnen haben, keinerlei Anspruch auf Familienunterstützung, sowie auch keinerlei sonstiger Ersatz für diese zugestanden würde, trotzdem die gleichen Beiträge gezahlt werden müßten. Wir können auf solchen Konferenzen, welche lediglich der Agitation dienen sollen, nicht alle diese örtlichen Fragen regeln, das eine möchten wir aber sagen, wo solche Ausnahmebestimmungen in den Krankenkassen bestehen sollten, müssen unsere Kollegen, welche als Vertreter in diesen Kassen tätig sind, mit Entschiedenheit für Abhilfe sorgen. Der alte Grundsatz: gleiche Rechte, gleiche Pflichten, sollte doch auch in den Krankenkassen durchgeführt werden. Am Schlusse der Konferenz wurden die Versammlungen festgelegt und das Material verteilt. Schon diese Konferenz hatte unserer Bewegung gute Dienste getan, wir werden dieselbe in den nächsten Jahren wiederholen müssen.

Versammlungen fanden im ganzen 41 statt; es folgen noch solche für Tabakarbeiter und Bergarbeiter; hoffentlich werden hier unsere Kollegen ebenfalls ihren Mann stellen. Die Versammlungen waren allgemein sehr gut besucht, bei den wenigen, wo der Besuch hätte ein besserer sein können, lag es an der Vorbereitung. Die meisten waren öffentlich. Die Begeisterung unserer Kollegen war überall eine gute, auch gelang es die Landwirte mehr für unsere Bewegung zu interessieren. In vielen Versammlungen waren die Jugendlichen, die Eltern der Lehrlinge und die Arbeiterinnen zahlreich erschienen, und haben die Versammlungen bei diesen einen guten Eindruck hinterlassen. In mehreren Orten waren Neuaufnahmen und Uebertritte von den „Genossen" zu uns zu verzeichnen. Aber auch mancher Kollege, welcher mit seinen Beiträgen im Rückstande war, hat diese nachgezahlt; in einem Ort, wo die Kollegen viel an abgelegenen Bahnbauten oder auf Zuckerfabrik gearbeitet hatten, wurden 154 ℳ einkassiert. Es würde zu weit führen, auf alle Einzelheiten, welche von Bedeutung sind, einzugehen. Nur eine Versammlung wollen wir besonders erwähnen. In Heiligenstadt fand am Sonntag, den 8. Januar, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Imbusch über das Thema „Was wollen die christlichen Gewerkschaften?" sprach. In dieser Versammlung waren eine Anzahl Fachabteiler, sowie ein Teil „Genossen" erschienen. Letztere glaubten in der Diskussion sich zeigen zu müssen. Es mußten besonders die alten Ladenhüter wieder herhalten, ein „Genosse" versuchte, wie er sah, daß auch Fachabteiler gegen ihn Stellung nahmen, diese gegen die christlichen Gewerkschaften zu hetzen. Zur Ehre der Fachabteiler muß es gesagt werden, daß sie nicht auf den Leim gingen, denn auch sie hatten erkannt und sprachen es offen aus, daß im Kampf um die Weltanschauung christliche Gewerkschaften und Fachabteiler sich näher stehen, ja zusammengehören. Die Versammlung hat bewiesen, daß die beiden christlichen Richtungen sich finden müssen, um so geschlossen gegen den gemeinsamen Gegner zu stehen.

Im allgemeinen können wir feststellen, daß wir das erreicht haben, was wir erreichen wollten. Auch die Tabakarbeiter haben bis jetzt fünf neue Zahlstellen gründen können. Es bleiben allerdings noch einige Orte übrig, in welchen im nächsten Jahre Wandel geschafft werden muß. Hier kümmern sich die Kollegen weder um das Anberaumen von Versammlungen, noch um die Beschickung von Konferenzen, kritisieren ist ihnen das „notwendigste". In zwei Orten haben die Kollegen keine Versammlung abgehalten, obschon sie dazu aufgefordert wurden, auf der Konferenz waren diese Orte ebenfalls nicht vertreten, und gerade hier sieht es mit den Verpflichtungen eines Teils der Kollegen schlecht aus. Hoffentlich werden die guten Kollegen hier bald Wandel schaffen. Immerhin ist der größte Teil unserer Kollegen vom Eichsfelde ein guter Stamm treuer, zuverlässiger Mitglieder, die man uns nicht abtrünnig machen kann. Mögen die Kollegen in ihren Arbeitsorten im Frühjahr mit doppeltem Eifer weiter für unsere Sache streben, damit das neue Jahr auf der ganzen Linie uns vorwärts bringt.

NB. Die Vertrauensleute werden gebeten, die Fragebogen bis zum 15. Februar an B. Zumbrock, Hannover, Kanonenwall Nr. 16, einzusenden. Ebenso mögen dieselben bei der Abreise die Zeitungen umbestellen und für Fertigstellung der Abrechnungen sorgen.

Stukkateure.

Elberfeld. Am 15. Januar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 4. Quartal; derselbe wurde genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. In seinem Bericht vom verflossenen Jahr führte der Vorsitzende unter anderem folgendes aus: Zu Anfang 1910 standen wir bereits in einer Lohnbewegung. Am 1. Februar wurde unser Tarif gekündigt und am 1. Mai ein neuer, für die Dauer von drei Jahren, bis 1. April 1913, abgeschlossen. Wenn wir diesen Tarif mit seinen sehr minimalen Aufbesserungen annahmen, so geschah es unter Berücksichtigung der flauen Konjunktur einerseits und der im Kampf stehenden Kollegen anderseits. Die Haltung unserer Kollegen während des Kampfes war eine gute. Ein offenes Auge in bezug auf Arbeitsgelegenheit und opferwillig für ihre Organisation. Das Resultat am Schlusse der Bewegung war fünf Tage Unterstützung für einen Kollegen und neun restierende Streikbeiträge; damit können wir zufrieden sein. Mitgliederversammlungen wurden 14 abgehalten. Der Versammlungsbesuch ist gut. Klagen über die Geschäftsführung werden nicht geführt. Mitgliederbestand am 1. Januar 1911 26. In den Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Jul. Lorch, als zweiter A. Eppstein; als erster Kassierer Joh. Hellwege, als zweiter Alb. Lorch; als erster Schriftführer W. Marquard, als Stellvertreter W. Metzger. Als Delegierte zur Verwaltungsstelle wurde Jul. Lorch, zum Kartell Marquard, als Revisoren Dehler und Joh. Wempe gewählt. Mögen die Gewählten im Sinne der christlich-nationalen Arbeiterbewegung überall ihren Mann stellen, dann werden wir in Zukunft wie in der Vergangenheit, als beachtenswerter Faktor in der deutschen Arbeiterbewegung dastehen.

Anschließend müssen wir auf einen Bericht im „Stukkateur" Nr. 53 unter Elberfeld zurückkommen. Unsere „Kollegen" im roten Volkshaus regen sich darüber auf, daß wir vier Kollegen aufnahmen, die dort angeblich noch Beiträge schulden. In dem Bericht heißt es nämlich: „Bei den Christlichen finden solche Leute natürlich Aufnahme". Wie wär's denn umgekehrt? Wir können den „Genossen" offen gestehen, daß wir auf dem Standpunkt stehen, daß jeder Kollege dort, wo er organisiert ist, auch seine Beiträge bezahlt, besonders in einer Zeit wie im Kampfjahr 1910. Die Kollegen nun, welche bei uns Aufnahme fanden, hatten ihre Bücher in Ordnung. Streikbeiträge waren zum Teil bis zur sechsten und siebenten Woche geklebt. Güskes galt nirgends mehr als Mitglied, kam also bei uns als Indifferenter in Frage. Wer die Verhältnisse im roten Volkshaus kennt, wundert sich nicht um ein paar Mark rückständige Beiträge, das beweist obengenannter Bericht. Es ist schon ziemlich traurig bestellt, wenn in einer solch „klassenbewußten" Organisation, mit der man überall prahlt (Radtke), die Extrabeiträge aus der Lokalkasse bezahlt werden. Das Angeführte rechtfertigt in etwa die Rückständigkeit der bei uns aufgenommenen Kollegen. Wir könnten mehr anführen. Nun bestand ein Beschluß einer kombinierten Versammlung, daß Kollegen nicht aufgenommen werden sollten, die in der anderen Organisation noch Beiträge schulden. Dieser Beschluß wurde im Oktober von unseren Kollegen der sogenannten „freien" Organisation aufgehoben. Es hatte sich nämlich ein Stukkateur Rud. Schneider, der uns noch ungefähr 10 ℳ Beiträge schuldet, zur Aufnahme gemeldet. Ferner hat man in Barmen Emil Schmitt und Dopel aufgenommen. Mit Schmitt hat man während der ganzen Aussperrung in M.Gladbach und später in Hagen ruhig gearbeitet, und zwar die größten Maulhelden waren es, die ¼ Jahr mit einem Indifferenten zusammengearbeitet haben, trotzdem man im roten Volkshaus beschlossen hatte, nicht mit Indifferenten zusammenzuarbeiten. Das Angeführte wird wohl genügen, um die Aufnahme der genannten Kollegen begreiflich zu machen. Was dem einen recht, ist dem anderen billig. Wenn man um solchen Verlust nicht traurig ist, gut, wir sind um solche Aufnahmen nicht traurig, besonders wenn der Kassierer der „Genossen" sagt, das seien mit die besten Beitragszahler gewesen.

Krefeld. Wie vom sozialdemokratischen Stukkateurverband der Tarifvertrag beachtet wird, zeigt wieder folgender Fall. Die Firma Rötger u. Rothe beschäftigt eine Anzahl radikaler „Genossen", die im Schimpfen auf die Christlichen die Hauptgeige spielen. Das geflügelte Wort vom Zukunftsstaat bildet dabei das Tagesgespräch. Statt die gewonnene Position des Vertrages hochzuhalten, lassen sich diese rückenstarken Arbeitervertreter drei und mehr Pfennige am Lohn pro Stunde kürzen. Warum?, frägt man. Wir wollen es nicht behaupten, aber anscheinend aus reiner Schmarotzerei und Liebedienerei gegenüber den Unternehmern. Dazu handelt es sich um „Genossen", die an der Leitung eine Hauptrolle spielen. Ob die Stunde im Winter keine 60 Minuten hat? Derartiges passiert in Betrieben, wo die waschechten „Genossen" schon jahrelang ihre Domänen aufgeschlagen haben. Der obersten Leitung sind diese Fälle bekannt, jedoch bis heute kümmert sich keiner darum. Wir beneiden die „Genossen" um eine solche Arbeitervertretung nicht. Vielleicht findet Radtke einen Dreh, wo er seine Gesinnungsgenossen wieder verleugnet, um diese traurige Tat an die Rockschöße der Christlichen zu hängen. Er wird seinen Getreuen dann wieder denselben Bären aufbinden, wie vor einiger Zeit, daß Schwarz die Schuld trage an dem schlechten Tarifvertrag. Es war allerdings eine Zeit, wo der Marktschreier „Ich" mit seinen Gedanken in den Wolken schwebte. Wäre das Heinzelmännchen bei der Unterzeichnung des Tarifes dabei gewesen, so hätte er genau so gehandelt wie seine Gesinnungsgenossen Dohmen und Frinker. Für recht dumm muß der Gernegroß seine Zuschauer doch noch halten, denen er einen derartigen Blödsinn noch vorgaukeln kann. Im Krefelder Tagesgespräch heißt es, daß seine „Genossen" in einer kürzlichen Versammlung recht gründlich mit ihm abgerechnet haben. Ob's helfen wird, mögen wir sehr bezweifeln. Die besonnenen Arbeiter werden doch noch einmal zum Nachdenken kommen.

Krefeld. Der Kuckuck ruft immer seinen eigenen Namen, so ergeht es auch Radtke. Der Wiederkäuer befürchtet nämlich, durch unseren Artikel in Nr. 4 der „Baugewerkschaft" würden seine Sünden, die er in der Krefelder Bewegung auf dem Kerbholz hat, noch einmal aufgerollt werden. Als „Taktiker" will er dem vorbeugen und sagt darum in Nr. 5 des „Stukkateur", „das, was über den Aucharbeiterführer Schwarz behauptet wurde, ist durch die einschlägige Korrespondenz aktenmäßig belegt". Er weist dann nochmals auf seine Reklamenummer 48 des „Stukkateur" hin, betitelt „Ein christlicher Arbeiterverräter"! Dann fragt er, was finden wir hier an Lügen aufgedeckt? O, du armseliger Tropf! Aktenmäßig willst du nachgewiesen haben, daß Schwarz Arbeiterverrat betrieben hat? In Nr. 40 und 47 der „Baugewerkschaft" wurde dem Großmaul nachgewiesen, was für eine klägliche Rolle er gespielt hatte bei der Bewegung. Das an Arbeiterverrat grenzende Treiben hat ihm sicherlich vorgeschwebt, als er die „Baugewerkschaft" was über sein unlauteres Treiben. Um den Kittel sich reinzuwaschen, hat er darauf dann in Nr. 48 des „Stukkateur"

einen Paradeartikel gebracht, betitelt „Ein christlicher Arbeiterverräter". Radtke soll sich einmal die nachstehende einfache, nüchterne Frage vorlegen, wer Arbeiterverrat betrieben hat. Ist es Radtke nicht bekannt, daß durch seine Taktik eine ganze Anzahl Mitglieder seines Verbandes zum christlichen Verband und zur Freien Vereinigung übergetreten sind? Warum? Weil Radtke bei der Bewegung eine ganz „erbärmlich armselige" Rolle gespielt hat. Selbst seine Verbandsmitglieder haben dem Großmaul in einer Versammlung ganz gehörig den Kopf gewaschen. Alles das wäre doch nicht geschehen, wenn Schwarz Arbeiterverrat betrieben hätte. Vom christlichen Verband ist bis zur Stunde kein Mitglied ausgetreten. Wo ist also Arbeiterverrat betrieben worden? Diese Frage ist auf Grund dieser Tatsachen leicht festzustellen. Der Knüppel lag eben beim Hund. Der Marktschreier ist erkannt.

Neuß. Am 22. Januar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Es wurden zunächst einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt, dann referierte Kollege Meister-Düsseldorf über die augenblickliche Lage im Wirtschaftsleben. Allgemein gehe man wieder einer Aufwärtsentwicklung entgegen. Das neue Jahr müsse mit eifriger Agitation ausgenutzt werden. Die Verschmelzung der sozialdemokratischen Bauarbeiter-Verbände würde in wenigen Jahren durchgeführt sein, dann ständen wir diesem roten Koloß gegenüber, daher müßten noch Massen gesammelt werden unter unserer Fahne. Er ging dann auf die gehässige Kampfesweise des roten Stukkateurverbandes ein, der sich nicht scheute, unsere Führer Arbeiterverräter und unsere Organisation eine verlorene Sache zu nennen. Auch „Genosse" Baues, der sich am Gericht in Aachen bescheinigen ließ, daß er als Arbeitervertreter wider Treu und Glauben verstoßen habe, hat in der Mitgliederversammlung am 4. Januar das Verhalten der Christlichen „gebührend" gekennzeichnet, wie er in seinem Organ schreibt. Was er gesagt hat, soll jedenfalls die Oeffentlichkeit nicht erfahren. Die Kollegen sollten einer solchen Kampfesweise energisch entgegentreten. Die Verbreitung der Nummern 4 und 5 der „Baugewerkschaft" sei dazu ein geeignetes Mittel. Sodann wurde der Kollege Maassen als Schlichtungskommissionsmitglied gewählt. Ferner nahm die Versammlung Stellung zu dem Kollegen Sieger, welcher zum sozialdemokratischen Stukkateurverband übergetreten ist, aber der Zahlstelle noch 9 ℳ schuldet. Sieger fuhr während des Streiks mit mehreren andern für die Hochbaugesellschaft nach Brüssel. Der Verband mußte das Fahrgeld auslegen und die Firma zahlte es bei der Ankunft zurück. Schon am 17. November teilte uns die Hochbaugesellschaft durch ein Schreiben mit, daß an Sieger das Geld ausgezahlt sei. Bei Nichtzurückerstattung soll gerichtlich vorgegangen werden. Zum letzten Punkt wurde beschlossen, die Versammlungen jeden ersten und dritten Sonntag im Monat abzuhalten.

Zimmerer.

Hamm. Am 15. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Jahresbericht, 2. Rechnungslegung vom Jahre 1910, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Aus dem Jahresberichte geht hervor, daß die Mitgliederzahl gestiegen ist. Die stattgefundenen Versammlungen waren durchschnittlich gut besucht. Nach dem Kassenbericht hatten wir eine Einnahme von 247,40 ℳ; eine Ausgabe von 118,56 ℳ; Bestand mithin 128,84 Mark. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Heinrich Lohmann 1., Gottlieb Lücke 2. Vorsitzender; Otto Kathöfer 1., Ferdinand Post 2. Kassierer; Hermann Lammers als Schriftführer; als Revisoren wurden die Kollegen Heinrich Bürck und Hermann Sparenberg; als Hauskassierer Lohmann, H. Ester, Lammers, Sparenberg und Kathöfer gewählt. Kartelldelegierte wurden die Kollegen Kernburg und Lohmann. Dann wurden noch mehrere kleine Punkte erledigt. Versammlungen sollen jeden zweiten Sonntag im Monat stattfinden. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Maurer.

Danzig. Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Gewerkschaftlicher Rückblick. 4. Verschiedenes. Nach Verlesung des Protokolls von der letzten Versammlung wurde die Jahresabrechnung durch den Kassierer bekanntgegeben. Dieselbe zeigte ein erfreuliches Resultat. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 4214,80 ℳ, die Ausgabe für die Hauptkasse 1006,95 ℳ. Die Einnahme für die Lokalkasse 953,53 ℳ, die Ausgabe 751,77 ℳ. Die Kasse wurde von den Kollegen A. Kluge und F. Seipelt für richtig befunden, worauf dem Kassierer die Entlastung erteilt wurde. Mitgliederbewegung am Schlusse des vierten Quartals 1908 103, 1909 155, 1910 165. Im Jahre 1910 fanden 23 Versammlungen statt. In 14 Versammlungen referierte Kollege Müller. Der Inhalt der Vorträge erstreckte sich über die Lohnbewegung, den Ausbau der christlichen Gewerkschaften, über Rechtsschutz, Invalidenversicherung und Opferwilligkeit. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: als erster Vorsitzender wurde gewählt Kollege L. Wittstock, als zweiter Vorsitzender Kollege H. Lemke; als erster Kassierer Kollege F. Ironski, als zweiter Kassierer Kollege Paul Anglonski; als erster Schriftführer Kollege F. Podlich, als zweiter Schriftführer Kollege A. Bieczkonski; als Revisoren Kollege Kluge, F. Seipelt und Bauhilfsarbeiter Utnehmer. Zu Punkt 3, „Gewerkschaftlicher Rückblick", nahm Kollege Müller das Wort. Derselbe schilderte die bedeutendsten Ereignisse des vergangenen Jahres unter besonderer Hervorhebung des Kampfes im Baugewerbe und schloß mit der Mahnung, daß jeder Kollege im neuen Jahre an dem inneren und äußeren Ausbau unseres Verbandes mitarbeite. Unter „Verschiedenes" wurden noch wichtige Aufklärungen seitens einiger Kollegen gegeben. Nach dreistündiger Tagung schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Drolshagen (Kreis Olpe). Am Donnerstag, den 2. Februar, fand hierselbst eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt. Kollege Hillenbrand-Siegen referierte über die Lage im Baugewerbe und unsere nächsten Aufgaben. Redner erläuterte auch den Tarifvertrag für den Kreis Olpe, der den Kollegen bedeutende Vorteile gebracht habe. Aufgabe der Bauarbeiter sei es jetzt, sich der Organisation anzuschließen, um das Errungene hochzuhalten. Der Vortrag fand lebhafte Zustimmung und trat die Mehrzahl der anwesenden Bauarbeiter sofort der Organisation bei, so daß eine Zahlstelle gegründet werden konnte. In den Vorstand wurden vorläufig die Kollegen Jos. Ackerschott und Heinr. Engels gewählt. Kollegen von Drolshagen und Umgegend, der Anfang ist gemacht, jetzt gilt es, den letzten Bauarbeiter unserer Gegend der Organisation zuzuführen. Unsere nächste Versammlung findet Sonntag, den 5. März, vormittags 11 Uhr statt.

Eisenbach, 22. Januar. Unsere heutige Mitgliederversammlung nahm Kenntnis von dem in Nr. 3 des „Stukkateur" befindlichen Bericht aus Niederselters. Sie erblickt hierin das Bestreben, die Vorgänge nach unserer öffentlichen Versammlung am 8. Januar d. Js. als Folge christlicher Erziehung hinzustellen. Die Versammlung erklärt es für einfach unverständlich, wie der Berichterstatter dazu kommen kann, uns in diese Geschichte zu verwickeln, indem er doch selbst annimmt, daß die Belästigungen, die die „Genossen" erfahren haben, nicht von organisierten Kollegen ausgingen. Diese Geschichte ist lediglich als eine Revanche für eine im Sommer bei einer auswärtigen Festlichkeit stattgefundene Schlägerei und als Dummerjungenstreich zu betrachten, den wir selbstverständlich auch verwerfen. Statt nun die Jungens zurechtzuweisen, ergreifen diese Helden vor ein paar halbwüchsigen Burschen die Flucht und erheben nachträglich ein Geschrei, als sei das ganze Dorf mit den schwersten Geschützen zu ihrer Bekämpfung aufgefahren. Sie benutzen diese geringfügige Geschichte, um unsern Herrn Pfarrer, die ganze Einwohnerschaft und die christliche Gewerkschaft zu beschimpfen. So recht nach „Genossen"art. Uebrigens widerspricht der Bericht aus Niederselters dem des Gauleiters Radtke. Nach dem ersten hatten die Jungens nicht, nach dem zweiten haben sie getroffen. Nach dem ganzen Geschreibsel muß sich der Berichterstatter aus Niederselters ganz vorzüglich als „Jugendbildner" eignen. Als Mitglied des „freien" Stukkateurverbandes ist ihm ja hierzu hinreichend Gelegenheit geboten, dort kann er die jungen Mitglieder, treu nach dem Grundsatze des „Genossen" Sittenfeld, zu Sozialdemokraten erziehen. Der rote Artikelschreiber sieht entschieden zu schwarz, indem er befürchtet; wir bekämen noch Prügel von unseren eigenen Kollegen. Wir danken ihm für seine „Fürsorge" für uns, wir werden uns in der Stunde der Gefahr seiner „erinnern" und uns unter seine „schützenden" Fittiche begeben. Daß es bei dem Artikel nicht ohne Angriff auf unsern Herrn Pfarrer abgehen kann, ist bei dem fanatischen Hasse der „Genossen" gegen die Geistlichkeit leicht erklärlich. Sie erblicken ja in ihr den Hemmschuh in ihrer sozialdemokratischen Erziehungsarbeit. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß unser Herr Pfarrer das Ganze führt und von der Kanzel herab für die christliche Gewerkschaft predigt. Für die Führung unseres Verbandes kommen wir selbst auf. Auch sind wir in der Lage, selbst für denselben zu agitieren. Wir glauben nicht, daß sich unser Herr Pfarrer von dem Geschreibsel des „Stukkateur" beeinflussen läßt, es wäre auch gar zu köstlich, katholischer Geistlicher — rot bevormundet. Auch der Bericht des Gauleiters Radtke enthält bezüglich der Eisenbacher Versammlung arge Entstellungen. Es ist Radtke in keiner Beziehung gelungen, die Ausführungen des Kollegen Häuschen zu entkräften. Es war geradezu ergötzlich für uns, zu sehen, wie sich Radtke abmühen mußte, seine Phrasen an den Mann zu bringen. Hier konnte er nicht imponieren; auch sonst haben sie schlechte Geschäfte gemacht, daher die gehässige Schreibweise. Uns muß dieselbe veranlassen, noch mehr wie seither für unsern Verband zu agitieren. Wir werden auf dem einmal für richtig erkannten Weg weiterschreiten, ob Angriffe von rechts oder links erfolgen. Wir werden für unsere Ideale kämpfen treu nach dem Grundsatz: Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß!

Ginsfeldorf. Auf der Tagesordnung unserer diesjährigen Generalversammlung standen: 1. Vortrag des Kollegen Schleicher (Frankfurt), 2. Freie Diskussion, 4. Vorstandswahl, 5. Verschiedenes. Kollege Schleicher referierte über die Entwicklung der Tarifverträge im Baugewerbe und über die Maßnahmen des Arbeitgeberbundes. Anscheinend will er den Mißerfolg von 1910 im Jahre 1913 wieder auswetzen. Das müßte den Kollegen ein Ansporn sein, auch ihrerseits dafür zu sorgen, daß der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands im Jahre 1913 gerüstet dasteht. Es ständen noch Tausende von Kollegen abseits, diese zu gewinnen, müßte das Ziel eines jeden Kollegen sein, und ein jeder müßte zum Agitator und Kämpfer für seine Organisation werden, dann könnten wir dem Jahre 1913 ruhig entgegensehen. Der Vorsitzende dankte den Kollegen Schleicher für seinen lehrreichen Vortrag und bat die Kollegen, das Gehörte auch in die Tat umzusetzen. In Punkt 2 wurde das Verhalten einiger Kollegen gerügt, die es nicht für nötig finden, in der Versammlung zu erscheinen. Kollege Heinrich Stey verlas dann den Jahres- und Kassenbericht. Die Einnahme betrug 249,15 ℳ, die Ausgabe 11,29 ℳ. An die Verwaltungsstelle wurden 237,86 ℳ abgeliefert, der Kassenbestand der Zahlstelle beträgt 8 ℳ. Es wurden vier Versammlungen abgehalten, eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen. Nach Genehmigung des Jahres- und Kassenberichts ging man zu Punkt 4, Vorstandswahl, über. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen: Ferd. Kissel, Vorsitzender; Hieronymus Riehl, Schriftführer und Heinrich Stey, Kassierer. Zu Revisoren wurden ernannt die Kollegen Heinrich Kissel und Peter Kraus. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl dankend an. Unter Punkt 5, Verschiedenes, wurde beschlossen, daß auch in diesem Jahre jeder Kollege fünf Lokalfondsmarken zu kleben hat. Hierauf wurde die gut verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Elberfeld-Barmen. (Zimmererlügen oder Vorbeugen.) In der Generalversammlung des Ortsvereins vom sozialdemokratischen Zimmererverband für Barmen-Elberfeld soll nach Berichten der Mitglieder dieses Verbandes der Vorsitzende Ditzel Bericht erstattet haben, u. a. auch über die Verhandlung mit den Unternehmern über die Landgeldzulage der Zimmerer. Bei dieser Gelegenheit soll er sich dann folgendes Kunststück geleistet haben: „Der sozialdemokratische Zimmererverband habe mit den Zimmermeistern die Landgeldzulage vereinbart, und nachher seien die Christlichen gekommen und hätten die Hand zu schlechteren Bedingungen geboten. Dr. Hartmann (1. Vorsitzender des Barmer Einigungsamtes) habe dann aber gesagt, es wäre nichts mehr zu ändern." „Ist dieses nicht eine ungeheure Schlechtigkeit von den Christen", hat er ganz sicher noch dabei berichtet, „in Gegenwart des Vorsitzenden vom Einigungsamt schlechtere Bedingungen zu fordern als der sozialdemokratische Zimmererverband festgelegt hat?" Wir wollen Dr. Hartmann doch mal fragen, ob ihm etwas Derartiges bekannt ist. Es ist unbegreiflich, daß ein Mensch, der ernst genommen werden will, etwas Derartiges berichten kann, auch Mitglieder gibt, die etwas derartig Widerspruchvolles glauben. Daß sie dieses glauben, geht daraus hervor, daß sie sofort unsern Mitgliedern diesen Kohl mitgeteilt haben. Hier ist dreierlei möglich! Entweder versteht Ditzel nicht, was gesprochen wird, d. h. also, es hapert mit der Auffassung, oder er berichtet wissentlich Unwahres, oder er will vorbeugen. Alle drei Dinge können aber auch zusammen zutreffen. Das letztere scheint nach folgendem am wahrscheinlichsten zu sein, denn in einer Sitzung mit den Unternehmern am 4. Oktober 1910 in Barmen in der „Concordia" sagte der Gauleiter Jansen des sozialdemokratischen Zimmererverbandes aus Düsseldorf zu den Zimmermeistern betreffs des Landgeldes: „Wir könnten uns jetzt recht gut verständigen, denn wenn dieses erst noch wieder in den Versammlungen beraten würde, würden die Kameraden weitergehende Ansprüche stellen". Also nicht die Christen haben die Hand zu schlechteren Bedingungen geboten, sondern der sozialdemokratische Zimmererverband bzw. sein Gauleiter Jansen wollte etwas mit den Unternehmern festlegen und nicht einmal die Mitgliederversammlungen fragen, weil der Gauleiter fürchtete, daß dann die Kameraden weitergehende Ansprüche stellen würden. Dieses vorläufig. Wenn's dem Herrn Vorsitzenden Ditzel gelüstet, bringen wir mehr.

Freiburg in Baden. (Jahresbericht der Verwaltungsstelle.) In unserem vorjährigen Bericht hatten wir die Hoffnung ausgesprochen, daß die für die Kollegen, wie überhaupt für die ganze Arbeiterschaft schadenbringende Krise bald als überwunden angesehen werden könne. Mit dem Beginn des neuen Jahres machte sich auch ein kleiner Aufschwung auf dem Freiburger Baumarkt bemerkbar, der durch die Aussperrung wieder erstickte. Der Beschäftigungsgrad im Freiburger Baugewerbe wird durch folgende Zahlen dargestellt: Es waren Maurer beschäftigt: im Juli 1905: 2045, im Juli 1906: 1314, im Juli 1907: 936, im Juli 1908: 471, im Juli 1909: 381, im Juli 1910: 394. Scheidet man das Jahr 1905 aus, als ein Jahr der Hochkonjunktur, und vergleicht 1906 mit 1908, so bleibt das Bild immer noch sehr ungünstig. Dort waren 1314 beschäftigt, hier nur 471, eine Abnahme von 61 Prozent. Wenn sich 1909 und 1910 die Zahl der beschäftigten Maurer etwas gehoben hat, so ist es aber angesichts dessen immer noch begreiflich, daß sich die Organisation nicht so vorwärts entwickeln konnte, wie wir das gewünscht hätten. In Freiburg ist, wie der oben angegebene Beschäftigungsgrad zeigt, in den Jahren 1905—1907 riesig gebaut worden, ganze Straßen, Hunderte von Häusern entstanden, wie die Pilze schossen sie in die Höhe. Natürlich meistens Spekulations-Häuser! Freiburg ist seit Jahren infolge seiner herrlichen Lage dicht am Fuße des Schwarzwaldes sowie seiner Eigenschaft als eine der größten Universitätsstädte Deutschlands wegen eine bedeutende Fremdenstadt geworden. Würde die Stadt Freiburg nicht mit allen Mitteln die Industrie aus dem Stadtbezirk fernhalten, so würde eine günstige Wirtschaftsperiode genügen, Freiburg zu einer Großstadt zu erheben. Die geplante Erbauung des Kembser Wasserkraftwerks wird zweifellos auch für Freiburg eine erhebliche Erweiterung der Industrie zur Folge haben. Es wäre dringend zu wünschen, wenn in diesem Jahre eine bessere Konjunktur Platz greifen würde. Unsere Freiburger Kollegen haben wirklich schwere Zeiten mit durchgemacht, 6—8 Wochen arbeitslos zu sein, war keine Seltenheit. Eine Belebung des Arbeitsmarktes in Freiburg hintanzuhalten, wäre geradezu eine Unverantwortlichkeit. Die ohnedies sehr hohen Wohnungsmieten würden sich ins Unermeßliche steigern. Selbstverständlich haben auch die Herren Unternehmer die geschilderte schlechte Konjunktur auszunützen verstanden. In solchen Zeiten ist es eine bekannte Tatsache, daß die Unternehmer ihre Macht besonders fühlbar den Arbeitern gegenüber machen. Auch die Poliere hier im Orte geben zum Teil ihrem Dünkel mitunter in krasser Weise Ausdruck. Der bestehende Polierverein ist meistens die Brutstätte dieser Handlungen. Leider lassen sich unsere Kollegen in dieser Hinsicht viel zu viel gefallen; sie sollten manchmal ein Wort mehr riskieren und eine in allen Teilen anständige Behandlung verlangen. Dies wäre nicht mehr wie ihr gutes Recht! Die Entwicklung der Organisation war infolge der vorher geschilderten Verhältnisse außerordentlich gehemmt. Die Mitgliederbewegung zeigt wieder das unsichere schwankende Gepräge wie in den Vorjahren. Sie stellt sich wie folgt: im 4. Quartal 1909: 70, im 1. Quartal 1910: 78, im 2. Quartal 85, im 3. Quartal 116, im 4. Quartal 109 Mitglieder. Eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre von 39 Mitgliedern. Aufgenommen wurden 149, aus anderen Organisationen zu uns übergetreten sind 14 Mitglieder. Es blieben also von den 163 Neugewonnenen nur 39 der Organisation treu! Das ist ein geradezu klägliches Resultat. Sucht man aber nach den wirklichen Gründen einer solchen Fluktuation, so liegt der Hauptgrund in der Uneinigkeit der Kollegen selbst und an dem mangelhaften Pflichtgefühl der Organisation gegenüber. Selbst die Vorstandsmitglieder könnten, ja sie müßten in mancher Beziehung besser zusammen arbeiten. Auch gibt es noch einen großen Teil Kollegen in Freiburg, die charakterlos genug sind, im Frühjahr sich im sozialdemokratischen Verband aufnehmen zu lassen (oder umgekehrt), bezahlen 4—5 Wochenbeiträge und lassen sich dann nach 4—5 Monaten in unserer Organisation (oder umgekehrt) aufs neue aufnehmen, bezahlen dann wieder einige Wochen, und dann verschwinden sie wieder! Diesem sehr bedauerlichen Zustande kann nur abgeholfen werden, wenn die Mitglieder mit solchen Drückebergern auf den Baustellen sofort ins Gericht gehen. Jede Woche oder wenigstens alle 14 Tage Bücherkontrolle vornehmen, und bei jeder Versammlung, die nach Arbeitsschluß stattfindet, diese Gesellen mit in dieselben bringen, damit ihnen klargemacht werden kann, wie verderblich eine solche Handlungsweise für die Gesamtheit der Bauarbeiter ist. Die agitatorische und organisatorische Tätigkeit war sehr umfangreich. So wünschenswert hierfür eine Einzeldarstellung erscheint, muß doch aus räumlichen Rücksichten darauf verzichtet werden. Es fanden statt 18 Mitgliederversammlungen, 8 Vorstandssitzungen, 12 Vertrauensmännersitzungen. Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen sehr mäßig, im Durchschnitt waren etwa 30 Mitglieder anwesend. Der Besuch muß in diesem Jahre anders werden, alle Kollegen ohne Ausnahme müssen in den Versammlungen erscheinen. Außerdem müssen alle Monate Baudelegiertensitzungen arrangiert werden. In diesen Sitzungen muß das gesammelte Material diskutiert und dann die Agitation danach angepaßt werden. Die Beitragsleistung befriedigt auch in dem Berichtsjahre nicht. Nach der Zahl der Mitglieder berechnet, stünden noch über 250 ℳ rückständige Jahresbeiträge aus. Dieser Uebelstand ist in der Hauptsache auf den ständigen Wechsel der Hilfskassierer zurückzuführen. Es wird die Aufgabe des Vorstandes sein, bei der Wahl der Hilfskassierer besonders vorsichtig zu sein. Veruntreuungen der Verbandsgelder, wie es auch in diesem Jahre wieder einmal vorkam, müssen im neuen Jahre ausgeschlossen sein. Wenn bei der Wahl der Hilfskassierer die nötige Vorsicht waltet, wird es nicht wieder vorkommen. Immerhin muß gesagt werden, daß auch in der Verwaltungsstelle Freiburg eine Anzahl Kollegen vorhanden ist, die sich redliche Mühe gibt, unsere Organisation zu einem den Freiburger Verhältnissen entsprechenden Machtfaktor zu gestalten. Das eine, was den leitenden Kollegen fehlt, ist, daß sie nicht genug zur selbständigen Inangriffnahme der organisatorischen sowie agitatorischen Arbeiten entschlossen sind. Bei jeder Kleinigkeit soll, ja muß der Beamte (der nicht in Freiburg, sondern in Mülhausen seinen Sitz hat) zugegen sein. Die Kollegen denken nicht darüber nach, daß eine jede Fahrt der Organisation Geld kostet. Es wäre im Interesse des großen Agitationsgebietes zu wünschen, daß die Freiburger Kollegen sich hierin etwas mäßigten, da es doch meistens ältere und zum Teil erfahrene Gewerkschaftler sind. Die Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungsstelle sind folgende: der gesamte Markenumsatz betrug 3332 Stück, wofür die Summe von 1571,30 ℳ vereinnahmt wurde. An die Zentralkasse wurden 1102,71 Mark gesandt. Die Ausgaben für die Zentralkasse betrugen 380,69 ℳ. Die Einnahme der Lokalkasse belief sich auf 244,70 ℳ, denen eine Ausgabe von 175,66 ℳ gegenüberstand. Allen Kollegen, die im Berichtsjahr, besonders in der Kleinarbeit, ihre Kräfte mit in den Dienst unserer guten Sache setzten, sei hier für ihre Mühewaltung besonders gedankt. Hoffen wir im neuen Jahre, daß sich noch mehr Kollegen als Mitarbeiter finden, um unserer gerechten Sache, auch in Freiburg, sowie in ganz Baden, im klassischen Lande des Blocks, zum Siege zu verhelfen.

Gosbach (Württemberg). Die schon seit vielen Jahren geplante Gründung einer Verwaltungsstelle, im Täle in Württemberg, hat mit dem 7. Januar d. Js. ihren Abschluß gefunden. 25 Stukkateure aus Gosbach haben sich in der öffentlichen Versammlung an genanntem Tage bereit erklärt, das Joch der „Freien" abzuschütteln und in die Reihen der christlichen Gewerkschaft einzutreten. Die erste Mitgliederversammlung am 22. Januar ergab neuen Zuwachs von 5 Kollegen, so daß unsere Verwaltungsstelle jetzt 30 Mitglieder zählt. Möge der gewerkschaftliche Geist, der zurzeit die junge Verwaltungsstelle beherrscht, sich so fortpflanzen, damit wir bis zur Generalversammlung im nächsten Jahre auch den letzten christlich gesinnten Kollegen in unseren Reihen begrüßen können.

Goschütz. Am 15. Januar tagte im Lokale des Herrn Guhra unsere diesjährige Generalversammlung, welche nicht besonders gut besucht war. Daß es verschiedene Vertrauensleute von den Zahlstellen nicht für nötig gehalten haben zu derselben zu erscheinen, ist sehr zu bedauern. Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom Jahre 1910, 2. Bericht von der Konferenz in Oels, 3. Wahl der Vorstandsmitglieder, 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende erteilte zu Punkt 1 dem Kassierer das Wort. Die Einnahme für verkaufte Marken betrug 1603,70 ℳ; an die Zentrale wurden davon gesandt 777,34 ℳ. Die Ausgaben der Zentrale betrugen für Rechtschutz 159,28 ℳ, für Krankenunterstützung

in 6 Fällen für 125 Tage 68,40 M, für Sterbeunterstützung in einem Falle 28 M, für Gemaßregeltenunterstützung in 4 Fällen 235,43 M; insgesamt 491,11 M. An die Bezirkskasse nach Breslau wurden gesandt 162,25 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 291,86 M, die Ausgabe 200,83 M; bleibt Bestand für das erste Quartal 1911: 90,58 M. Mitgliederbestand für 1911 98. Kollege Jendrike führte an, daß in Oels beschlossen wurde, dieselben Extrabeiträge zu zahlen als vergangenes Jahr, den die Kassierer alle 14 Tage abrechnen sollen. Auch soll in den Zahlstellen noch ein besonderer Beitrag gezahlt werden. Ferner wurde eine Agitationskommission gewählt. Als Vorstand derselben wurde Aug. Krause aus Breslau gewählt. Gewählt wurden als Vorsitzende August Jendrike und Anton Finke, als Kassierer Gustav Gorisch und Bernhard Missale, als Schriftführer Johann Jendrike und August Ohla, als Revisoren Johann Schiewek und Anton Jendrike, als Beisitzer August Heuja. In die Agitationskommission wurden Johann Jendrike und Robert Jioko gewählt. Alsdann übernahm der neue Vorstand die Leitung der Versammlung und richtete einige Worte an alle Mitglieder und hauptsächlich an die neuen Vorstandsmitglieder. Derselbe soll seiner Pflicht als Vorstand nachkommen, aber auch ebenso die Mitglieder. Vor allem gegenseitiges Vertrauen. In der Winteragitation müssen wir rührig mitwirken. Mit einem dreifachen Hoch wurde die Versammlung geschlossen.

Görlitz. Endlich nehmen wir auch wieder einmal für Görlitz die Spalten der „Baugewerkschaft" in Anspruch, um zu zeigen, daß hier nicht das Verbandsleben schläft, sondern daß es ruhig und sicher aufwärts geht. Am 19. Januar, abends 8 Uhr, fand im „Felsenkeller" unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Besuch war nicht so stark, wie eigentlich erwartet werden konnte. Ein großer Teil der Kollegen bleibt lieber hinter der Ofenbank sitzen, als an der ernsten Arbeit des Verbandslebens teilzunehmen. Der Vorsitzende, Kollege Beier, gab die reichhaltige Tagesordnung bekannt. Den Jahres- und Kassenbericht vom 4. Quartal verlas Kollege Wagner. Dem Kassierer wurde von der Versammlung für sein fleißiges und opferwilliges Arbeiten Entlastung erteilt. Dann nahm Kollege Beier zu seinem Vortrage das Wort. Redner verbreitete sich in großen Zügen über das Kampfjahr 1910. Er betonte in seinem Vortrage, daß die Verschlechterungen, welche einzutreten drohten, nur durch die Disziplin und Opferwilligkeit der Gewerkschaftler abgewendet wurden. Dieses müßte für alle Kollegen ein Ansporn zur regen Mitarbeit bei der Agitation sein. Ein jeder Kollege müßte zum Agitator für die christliche Gewerkschaftsbewegung werden. Danach trat eine rege Diskussion ein, in welcher die Kollegen angeeifert wurden, tüchtig mitzuarbeiten, um so das Organisationsleben in der Verwaltungsstelle Görlitz zu heben und zu kräftigen. Alsdann ging man zur Neuwahl des Vorstandes über. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen: Richard Beier als 1., Queißer als 2. Vorsitzender; Wagner als 1., Hotopf als 2. Kassierer; Opätz als 1., Fuchs als 2. Schriftführer. Dann wurden noch folgende Kollegen gewählt: Olschimke und Kluge als Revisoren; Wicke, Hotopf und Kanefski als Hauskassierer. 7 Kollegen wurden zu Kartelldelegierten gewählt. Die Gewählten nahmen die Aemter dankend an und versprachen, ihr ganzes Können in den Dienst der Sache zu stellen. Im 5. Punkt: „Beitragszahlung" wurden die Beschlüsse, die in der Vorstandssitzung zu Görlitz gefaßt waren, angenommen. Nach Beratung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Generalversammlung mit einem dreifachen Hoch auf die christliche Bauarbeiterbewegung.

Ibbenbüren. Am 18. Januar hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab, wozu auch der Bezirksleiter Kollege Müller-Münster erschienen war. Da man die Kollegen schriftlich eingeladen, waren ziemlich alle zur Stelle. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Vorstandswahl, sowie Umwandlung der Zahlstelle zur Verwaltungsstelle, 2. Aenderung des Vertrauensmännersystems, 3. Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Müller über „Die gegenwärtigen Strömungen im Wirtschaftsleben". Unser Kassierer hatte schon den Kassenbericht und Markenverkauf in der Versammlung am 8. Januar gegeben und Entlastung hierüber erhalten. Einen kurzen Ueberblick gab auch in jener Versammlung der Vorsitzende, der einerseits über eine Zunahme von 26 Mann, aber anderseits über mäßig besuchte Versammlungen zu berichten hatte. Aus der Vorstandswahl gingen als neugewählt hervor: als 1. Schriftführer Kollege H. Heilemann, als 2. Kollege Blom-Laggenbeck und als 2. Kassierer Kollege A. Alterühtemeier, die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Zu Revisoren wählte man die Kollegen H. Schröer und Otto Böggemann. Als Delegierte des Kartells einstimmig die Kollegen Ul. Sieber, H. Dirkes, A. Stüper und Ed. Ebeier-Laggenbeck. Den Zweck der Umwandlung der Zahlstelle zur Verwaltungsstelle erklärte Kollege Müller und fand Einverständnis bei den Kollegen. Das Vertrauensmännersystem wurde dahin geregelt, daß wir nun anstatt 2 Vertrauensmänner 6 haben und nach Orten aufgebaut ist. Sodann erhielt Kollege Müller das Wort zu dem genannten Vortrage, in welchem er in längeren Ausführungen die gegenwärtigen Strömungen der verschiedenen Richtungen klarlegte. Ganz besonders hob er das planmäßige Arbeiten des Arbeitgeberbundes hervor, woraus die Lehren für uns sich ergeben. Unermüdliche Mitarbeit und Ausdauer, sowie Pflichtbewußtsein sind die geeignetsten Gegenmaßnahmen. In der Diskussion stimmte man den Ausführungen des Kollegen Müller zu. Kollegen von Ibbenbüren und Umgegend, sollen in Zukunft unsere Wünsche besser respektiert werden von den Arbeitgebern, so folgt den Worten des Bezirksleiters und des Vorstandes. Im vorigen Jahre hat man uns recht deutlich gezeigt, wie sie zur Sache des Tarifes sich stellen, und da heißt es: Einmütigkeit zeigen und vor allen Dingen, Versammlungen besuchen.

Kessenich, 14. Januar. Heute hielt unsere Zahlstelle die Generalversammlung ab. Der Bezirksleiter Kollege Lange hielt einen äußerst lehrreichen Vortrag über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeiterstandes in den letzten Jahrhunderten und die Stellung des heutigen Lohnarbeiterstandes unter der Gewerbefreiheit. In der Diskussion wurde bedauert, daß nicht alle Mitglieder den interessanten Ausführungen beigewohnt hätten. Der Kassierer, Kollege Pung, erstattete den Jahresbericht. Aufgenommen wurden 42 Mitglieder. Von diesen sind viele anderen Zahlstellen überwiesen. Die Einnahme betrug 1091,45 M. Der Lokalkassenbestand beträgt 20,26 M. Aus der Vorstandswahl gingen hervor die Kollegen: W. Jakobs als erster, Peter Schwinderhammer als zweiter Vorsitzender; M. Pung als erster, Jos. Fandel als zweiter Kassierer; Jos. Wahlen als Schriftführer, J. Weinerts und Pet. Amberg als Revisoren. Als Karteldelegierte wurden die Kollegen Kaspar Jakobs und Bertr. Kreutz und als Delegierte zu der sozialen Kommission die Kollegen Heinr. Dederich und Wilh. Schraper gewählt. Der Kollege Lange dankte dem alten Vorstand für die rege Arbeit, die geleistet worden ist, und ermahnte den neugewählten Vorstand, auch im Jahre 1911 auf dem Posten zu sein. Unter „Verschiedenes" ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, sich mehr dem Lesen von Broschüren zu widmen und verlas das diesbezügliche Rundschreiben des Zentralvorstandes. Kollege Schuld wünschte eine Aussprache über Mißverständnisse, die zwischen ihm und Kollegen Pung entstanden sind. Auf Wunsch des Kollegen Lange soll die Angelegenheit in einer Vorstandssitzung zunächst aufgeklärt werden. Hierauf schloß der Vorsitzende Kollege Jakobs die angeregt verlaufene Generalversammlung.

Marsberg. Am Sonntag, den 15. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Dieselbe wurde durch den zweiten Vorsitzenden, Kollegen Joh. Rosenkranz, eröffnet und die Tagesordnung wie folgt bekanntgegeben: 1. Jahresbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Vortrag des Kollegen Bezirksleiters Werner, 4. Verschiedenes. — Zu Punkt 1 verlas Kollege Nolte den Jahresbericht, nach welchem 11 Mitglieder-, 2 außerordentliche, 1 öffentliche, 1 General- und 1 Vorstands-Versammlungen abgehalten sind. Kollege Michel erstattete darauf den Kassenbericht. Die Einnahme der Hauptkasse aus verkauften Eintritts-, Beitrags-, Arbeitslosen- und Zuschlagsbeitragsmarken beträgt 2155,80 M, sonstige Einnahmen 2,10 M, außerdem aus der Hauptkasse erhalten 775 M und aus der Lokalkasse überwiesen 200 M. Diese 3132,90 M sind teils durch Kranken- und Streikunterstützung verrechnet, teils in bar eingesandt. Der Bestand der Lokalkasse beträgt nach Abzug sämtlicher Ausgaben am 1. Januar 1911: 100 M. Der erstattete Bericht wurde von der Versammlung anerkannt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die darauf getätigte Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Anton Nolte-Obermarsberg, 2. Vorsitzender Johann Rosenkranz-Essentho, 1. Kassierer Georg Michel, 2. Kassierer Johann Wegener-Nieder-Marsberg, 1. Schriftführer Johann Wittkopp, 2. Schriftführer Franz Munte-Ober-Marsberg. Zu Revisoren wurden die Kollegen Alois Theile und Joseph Plemper zu Ober-Marsberg gewählt. Die Gewählten nahmen sämtlich ihr Amt an. Darauf erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Werner das Wort. Selbiger referierte über die gewerkschaftliche Lage. Mögen die Worte desselben recht beherzigt werden, dann können wir getrost der Zukunft entgegensehen. Zum Schluß ermahnte Kollege Anton Nolte die Kollegen zum regeren Versammlungsbesuch, welcher im letzten Jahre viel zu wünschen übrig gelassen. Nach kurzer Diskussion wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Niederbrechen. Unsere diesjährige Generalversammlung war sehr gut besucht. Folgendes stand auf der Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Wahl eines Lokalbeamten nach Frankfurt a. M., 4. Verschiedenes. Der erste Vorsitzende, Kollege J. Franz Schneider, erstattete den Jahresbericht, Kollege August Stilger den Kassenbericht. Aus denselben ist hervorzuheben, daß der Versammlungsbesuch immer schlecht war. (Ist auch zum Teil darauf zurückzuführen, daß die meisten Kollegen die Versammlungen in der Verwaltungsstelle Frankfurt besuchen. Der Schriftführer.) Dagegen sind die Kassenverhältnisse geregelte und gute. Eingenommen wurden für Eintritts- und Beitragsmarken 2186,05 M, ausgegeben 7½ Prozent für die Zahlstelle 110,67 M, für Krankengeld 252,65 M, an die Verwaltungsstelle Frankfurt abgeliefert 1822,73 M; Lokalkassenbestand und Einnahmen 233,94 M, Ausgaben 139,22 M, bleibt Bestand für dieses Jahr 94,72 M. Die Zahl der Mitglieder beträgt 130. Davon bleiben im Sommer hier 70—75, ungefähr 60 Kollegen reisen nach Rheinland und Westfalen. In den Vorstand wurden fast einstimmig wiedergewählt: als erster Vorsitzender Joh. Franz Schneider, als erster Kassierer August Stilger, als erster Schriftführer Mathias Kremer, als Revisor Georg Wilh. Stilger. Es wurde der Antrag gestellt, die zweiten Posten mit jüngeren Kollegen zu besetzen, welchem auch stattgegeben wurde. Folgende Mitglieder wurden neugewählt: als zweiter Vorsitzender Jak. Schneider, als zweiter Kassierer Joh. Georg Stilger, als zweiter Schriftführer August Roll, als Revisor Theodor Weier, als Haustassierer Martin Stilger und Joh. Kremer. Danach wurde zur Wahl eines Lokalbeamten geschritten. Der Vorsitzende machte die Wahlvorschrift bekannt. Von den Anwesenden waren 69 wahlberechtigt. Die Wahlzettel wurden uneröffnet mit Bericht in einem verschlossenen Kuvert der Verwaltungsstelle Frankfurt zugestellt. Unter „Verschiedenes" wurde noch beschlossen, dem Kassierer für sein mühevolles Amt 15 M und dem ersten Vorsitzenden für die Kontrollstelle, welche sich in seinem Hause während der Aussperrung befand, 10 M aus der Lokalkasse zu vergüten. Zum Schlusse erinnerte Kollege Adam Schneider daran, daß es zehn Jahre her wären, seit der Verband in Niederbrechen gegründet wurde. Er ermahnte alle zur Einigkeit und freudigem Schaffen für die christliche Gewerkschaft.

Neßelröden, 26. Januar. Die Tagesordnung unserer Generalversammlung war: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Anträge und Verschiedenes. Zum Punkt 1 „Jahresbericht" gab der Kollege Rittmeier bekannt, daß in diesem Jahre 15 Mitglieder- und 3 öffentliche Versammlungen stattfanden. Die Einnahmen betrugen 826,20 M, an die Verwaltungsstelle wurden gesandt 726,19 M, bleiben für die Lokalkasse 100,01 M. Die Ausgaben für die Lokalkasse betrugen 82,29 M; bleibt mithin ein Kassenbestand inkl. Vermögen vom vorigen Jahr von 196,28 M. In den Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Rittmeier, als zweiter August Borchardt; als erster Kassierer Leopold Senger, als zweiter August Rittmeier; als erster Schriftführer Franz Weiß, als zweiter Franz Huch. Als Revisoren wurden gewählt Aloys Blank und Heinrich Rittmeier; in die Lohnkommission Johannes Senger und Karl Fröhlich; zum Bibliothekar wurde Leopold Senger ernannt. Sämtliche Kollegen nahmen freudig die Wahl an und versprachen, für dieses Jahr ihr Amt treu zu verwalten. Der gestellte Antrag, beim Sterbefall eines Kollegen 5 M für Unterstützung aus der Lokalkasse zu zahlen, wurde einstimmig angenommen. Im Punkt „Verschiedenes" wurde die Agitation gestreift und gewünscht, daß ein jeder Kollege kräftig mitarbeiten möge, damit die der Organisation noch nicht angehörenden Kollegen für uns gewonnen werden. Mit einem Hoch auf das Wachsen, Blühen und Gedeihen des Verbandes wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Nürnberg. Nachdem wiederum ein Jahr dahingeschwunden, ein Jahr für die organisierten Bauarbeiter an Arbeit und Opfern, aber auch an Erfolgen ideeller und materieller Art reicher als alle seine Vorfahren, versammelten sich die Mitglieder unserer Zahlstelle am 15. Januar, um in der Generalversammlung dem so bedeutungsvollen Jahre für einige Stunden ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Noch einmal sollten die vielen gemachten Erfahrungen das Gedächtnis passieren, um daraus die entsprechenden Lehren für die Zukunft zu ziehen. Bei dieser Revue fand sich vieles, was sich im alten Jahre bewährt, daher auch im neuen Jahre wieder angewandt werden müsse. Manches zeigte sich auch verbesserungsbedürftig, und auch gar einiges, was der Bewegung nicht dienlich gewesen, daher im kommenden Jahre ausgerottet werden soll. Dringend ermahnte der Berichterstatter, Kollege Eger, daß sich im kommenden Jahre noch mehr Kollegen die Förderung unserer Sache angelegen sein lassen möchten. Keiner dürfe sich mehr von der Mitarbeit ausschließen. Die Einnahmen für die Verwaltungsstellenkasse betrugen 2777,03 M, die Einnahmen für die Zahlstellenkasse 781,06 M, die Ausgaben 555,43 M. Kollege Lang würdigte in seinem Referate „An der Jahreswende" in kurzen Zügen die Ereignisse des verflossenen Jahres, dabei besonders hervorhebend den moralischen Erfolg, den die Bauarbeiter durch die Aussperrung errungen haben. Es verdiene aber auch genannt zu werden der materielle Erfolg, der allein für unsere Kollegen während der Vertragsdauer 7 509 096 M betrage oder pro Mitglied 225,70 M. Wenn man jetzt die Rüstungen in Arbeitgeberkreisen betrachte, wie sie ihre Verbände stärkten, sich gegen Streik versicherten, den „Wehrschatz" ansammelten, so wären das die sichersten Vorboten des herannahenden Gewitters, welches sich zur gegebenen Zeit aufs neue über den Bauarbeitern entladen würde. Es gelte daher einen Blitzableiter zu errichten in Gestalt eines mächtigen christlichen Bauarbeiterverbandes. Und wie ein Blitzableiter um so besser wäre, je mehr Gold er aufweise, um so besser wären auch die Bauarbeiter gesichert, je mehr Gold ihre Verbandskasse enthielte. Sammeln und rüsten hieße es also für die Zukunft, und sich nicht mehr drücken wollen, wenn es gelte Verbandsbeiträge zu zahlen. Unseren Pflichten als Arbeiter und nicht minder denen als Christen zu genügen, sei der Zweck unseres Erdenlebens. Da der bisherige Vorsitzende, Kollege Eger, aus Familienrücksichten den Posten nicht weiter bekleiden konnte, wurde an dessen Stelle Kollege Franz Sommer gewählt. Als weiteren wurden gewählt, teils wiedergewählt die Kollegen Gurdan zum 2. Vorsitzenden, Reitmeier und Schneiderhanger zu Schriftführern, Eger und Schlichthorn zu Revisoren, Altenweger, Reymundi, Hubler, Gnan, Reithmeßner und Leißl zu Beisitzern. Nach Erledigung der Anträge und einigen geschäftlichen Angelegenheiten, in denen der Kollege Lang allen Mitgliedern für das ihm im weitesten Maße geschenkte Vertrauen bestens dankte, wies der neugewählte Vorsitzende Kollege Sommer nochmals auf die Bedeutung der fleißigen Agitation hin. Jedes Mitglied müsse es sich zur Pflicht machen, im kommenden Jahre wenigstens ein neues für den Verband zu gewinnen. Opferfreudige, ausdauernde Agitatoren müßten unserem Verbande mehr als bisher erstehen. Mit warmen Dankesworten an alle Mitarbeiter, zumal auch den ausgeschiedenen Vorsitzenden, für seine vielen Arbeiten, erreichte die wirklich sehr schön und anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Oberndorf (Kreis Wittgenstein). Am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 5 Uhr, fand im Lokale des Gastwirts Linde zu Rüppershausen eine von der Zahlstelle Oberndorf veranstaltete öffentliche Bauarbeiterversammlung statt. Redner der Versammlung, Kollege Hillenbrand-Siegen, sprach über das Thema: „Die gegenwärtige Lage im deutschen Baugewerbe und unsere nächsten Aufgaben". Einleitend mit einer Darstellung der Entwicklung des Tarifwesens im allgemeinen und einem Rückblick auf die große Bewegung des vorigen Jahres, führte Redner der Versammlung den Wert des neuabgeschlossenen Vertrages vor Augen. Für die Bauarbeiterschaft gilt es nun, dafür zu sorgen, daß der Vertrag richtig bewertet wird und überall zur Durchführung gelangt. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat sich die christliche Gewerkschaft zu einer Hauptaufgabe gemacht; doch auch auf anderen Gebieten sind große Aufgaben zu erfüllen. Besonders gilt es Aufklärungsarbeit zu leisten. Dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung muß seitens der Arbeiterschaft ein besonders warmes Interesse entgegengebracht werden. Einfluß auf die soziale Gesetzgebung, wie auf alle die Arbeiterschaft interessierenden Angelegenheiten kann die Arbeiterschaft nur erlangen auf dem Wege des vereinten Strebens. Redner kam dann ein auf die örtlichen Verhältnisse und führte folgendes aus: Der Kreis Wittgenstein war bei der Bewegung 1910 nicht mit einbegriffen. Im Jahre 1908 wurde im Kreise Wittgenstein mit dem größten Teil der dortigen Bauunternehmer ein Tarifvertrag abgeschlossen, welcher eine annehmbare Aufbesserung der Stundenlöhne von 40 auf 45 Pfennige enthielt. Der besagte Vertrag hat im Frühjahr 1910 sein Ende erreicht. Ein Teil der Wittgensteiner Bauarbeiter wiegte sich in dem Gedanken, es seien nun die Bauarbeiterlöhne in ein gutes Verhältnis gebracht; das werde nun auch ohne Organisation und Vertragserneuerung so weiter bestehen und wandten sich von der Organisation ab. Diese Kurzsichtigkeit eines Teiles der Kollegen hat es mit sich gebracht, daß der Vertrag nicht erneuert werden konnte und einem Teil der Kollegen der Stundenlohn wieder um 3 Pfennige reduziert worden ist. Zum Schlusse ermahnte Kollege Hillenbrand die Versammelten, dafür einzutreten, daß die ausgeschiedenen Kollegen doch wieder für die Organisation zurückgewonnen werden und an dem Ausbau der christlichen Gewerkschaft getreulich mitarbeiten. Freudiger Beifall dankte dem Kollegen Hillenbrand für seine interessanten Ausführungen. Mehrere ausgeschiedene Mitglieder traten der Organisation aufs neue wieder bei. Nachdem Kollege Schneider in der Diskussion noch einmal ebenfalls im Sinne der Ausführungen des Referenten gesprochen hatte, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Oels. Am Sonntag, den 7. Januar 1911, fand hierselbst eine Konferenz der Vertrauensleute von den Verwaltungsstellen Breslau, Brieg, Goschütz und Namslau statt. Es waren etwa 40 bis 45 Personen erschienen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt der Bezirksleiter Ed. Pfeffer einen Vortrag über gewerkschaftliche Kleinarbeit. Dieser Vortrag diente besonders den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten zur Aufklärung, wie sie in Zukunft in ihren Ortsgruppen arbeiten sollen. Zu Punkt 2 wurde eine Agitationskommission gewählt, die die Agitation in den einzelnen Zahl- und Verwaltungsstellen in die Hand nehmen soll. Die Agitationsmitglieder sollen noch andere Hilfskräfte an den einzelnen Orten hinzuziehen. Zu Punkt 3 wurde die Beitragsregulierung vorgenommen und beschlossen, den Beitrag allenthalten nach dem Verbandsstatut festzulegen mit 5 Pf. Lokalzuschlag. Der Lokalzuschlag soll von den Verwaltungsstellen an eine Stelle abgeführt werden zur Bestreitung der Agitation in diesem Gebiete. — Daran anschließend fand eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Oels statt.

Landeshut. Am 15. Januar fand hier eine Konferenz statt, die sich ebenfalls mit diesen Fragen beschäftigte und sich dem Vorgesagten anschließt.

Görlitz. An der Konferenz hierselbst nahmen die Kollegen von Ostritz und Schirgiswalde teil, sowie Kollege Schmidt-Berlin. Auch hier wurde die Tagesordnung in vorgenanntem Sinne erledigt. Ed. Pfeffer, Bezirksleiter.

Posen. (Maurer und Bauhilfsarbeiter.) Am Dienstag, den 24. Januar d. Js., fand im Hotel de Saxe unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand 1. Bericht des Vorstandes, 2. Kassenbericht, 3. Wahl des Vorstandes. — Aus dem Bericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß das Jahr 1910 für uns Bauarbeiter ein schweres war; trotz allem gingen die Bauarbeiter als Sieger hervor. Auch für Posen hat die Aussperrung eine Lohnerhöhung von 5 Pf. und einen dreijährigen Vertrag gebracht. In der Berichtszeit fanden 16 Mitgliederversammlungen, 5 außerordentliche, 1 Generalversammlung und 10 Vorstandssitzungen statt. Der Versammlungsbesuch war anfangs des Jahres ein guter, ließ aber nach der Aussperrung sehr viel zu wünschen übrig; eine Versammlung mußte deshalb ausfallen. Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß sich die Einnahmen im vorigen Jahre recht gut entwickelt haben, ebenso auch die Mitgliederzahl. Dieselbe hatte am Schluß des vorigen Jahres 543 zahlende Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 184,50 M an Eintrittsgebühren, 10 836,25 Mark an Wochenbeiträgen, 2408,80 M an Zuschlagbeiträgen, Zuschuß der Zentralkasse 13 656,95 M, für Futterale und Ersatzbücher 57,95 M. Also Summa 27 144,45 M. Die Ausgaben betrugen: an die Zentralkasse gesandt 10 771,59 M, an Streikunterstützung 13 656,95 M gezahlt, Maßregelungsunterstützung 75 M, Krankenunterstützung 341,40 M, Sterbeunterstützung 152 Mark, Rechtschutz 100,80 M, der Lokalkasse 2046,71 M überwiesen. Die Ausgaben der Lokalkasse betrugen: an Verwaltungskosten, Porto und Druckerkosten 1040,03 M, zum Kriegsfonds der Zentralkasse überwiesen 300 M, an die Bezirkskasse 180,80 M; bleibt Bestand für das Jahr 1911: 525,88 M. Aus der Wahl gingen hervor: 1. Vorsitzender Kollege Krzwinski, 2. Maciejewski; Kollege Kranz 1., Schach, Aug. 2. Kassierer; zu Schriftführern die Kollegen Wisniewski und Walkowiak, als Revisoren Stefanowski, Kendziora und Weinrauder. — Bezüglich der Lokalfrage und der Versammlungen wurde beschlossen, die Versammlungen im Hotel Sachse abzuhalten, und zwar jeden Monat eine Versammlung. Hierauf wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung mit dem Appell pünktlicher und zahlreicher zu jeder Versammlung zu erscheinen, geschlossen.

Regensburg. Sonntag, den 22. Januar, hielt unsere Verwaltungsstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab. Kollege Lukas eröffnete dieselbe und gab folgende Tagesordnung bekannt: Vorstandsbericht, Kassenbericht, Vorstandswahl, Verschiedenes. Dann gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick über das verflossene Jahr, das für die Baugewerbe ein

Kampfjahr war. Kassierer Seyller erstattete den Kassenbericht. Einnahmen für die Zentralkasse 933,65 M, Ausgaben 134,90 M. An die Zentralkasse abgeliefert 798,75 M, an die Bezirkskasse wurden 59,90 M verausgabt. Lokalkasse: Einnahmen 226,40 M, Ausgaben 182,60 M, bleibt Kassenbestand 43,80 M. Die Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: Vorsitzender Cuno Lukas, Kassierer Joseph Meier, Schriftführer Fritz Münch; Revisoren: Sebastian Hofmeister und Johann Szeik; Hauskassierer Karl Krüger. Zum Kartelldelegierten wurde Fritz Münch gewählt. Es wurde beschlossen, daß zu der Winterbeitragsmarke à 1 M jedes Mitglied noch drei Lokalfondsmarken zu kleben hat, geschieht letzteres nicht, wird der Schlußstempel verweigert. Vorsitzender Lukas ermahnte die Kollegen noch zu eifriger Agitation, besonders in den Friedensjahren, und schloß die schön verlaufene Versammlung.

Sendenhorst i. Westf. Am Sonntag, den 22. Januar, hielt unsere Verwaltungsstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab, die jedoch besser besucht hätte sein können. Leider sind es immer dieselben, welche für alles andere Zeit und Interesse genügend haben, nur für ernste Gewerkschaftsarbeit nicht. Die Tagesordnung war: 1. Antrag des aus dem Verbande ausgeschlossenen Maurers Bernard Vennewald um Wiederaufnahme. 2. Jahresbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Vortrag des Bezirksleiters Müller. Zu Punkt 1 wurde dem Kollegen Vennewald die Wiederaufnahme gewährt und betont, denselben wieder als Kollegen ansehen zu wollen, falls derselbe nicht wieder gegen die Interessen des Verbandes verstößt. Den Jahresbericht erstattete Kollege Hellweg. Danach betrug die Mitgliederzahl 68. Verkauft wurden im Jahre 1910 an Beitragsmarken 2732, an Agitationsmarken 744, an Streikzuschlagsmarken 2486, an Lokalfondsmarken 803, an Eintrittsmarken 24. Die an die Zentrale abgesandte Gesamtsumme beträgt 1743,32 M. Der Bezirksbeitrag betrug 136,30 M. Die Ausgabe der Zentralkasse betrug für Krankenunterstützung 114,50 M, Sterbeunterstützung 44 M, Streikunterstützung 17,65 M, Rechtsschutz 9,15 M. Das Vermögen der Lokalkasse beträgt zurzeit 424,50 M gegen 369,63 M am Schlusse des Jahres 1909. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: als erster Vorsitzender Anton Saerbeck, als zweiter Vorsitzender Melchior Overhage, als erster Kassierer Heinrich Hellweg, als zweiter Kassierer Everhard Erdmann, als erster Schriftführer Heinrich Riesmann, als zweiter Schriftführer Joseph Schmies. Zu Revisoren wurden gewählt die Kollegen Theodor Schmies und Anton Wegmann. Als Hauskassierer wurde der altbewährte Kollege Braunsmann wiedergewählt. Da die Zeit schon zu weit vorgeschritten, mußte das Referat des Kollegen Müller ausfallen und hielt derselbe ein kurzes, aber kerniges Schlußwort. Er forderte die Kollegen auf, im neuen Jahre denselben Gewerkschaftsgeist an den Tag zu legen wie im verflossenen, dann hätten wir auch die Zukunft nicht zu fürchten.

Viersen. Im Verkehrslokale Heutgens tagte am 22. Januar unsere diesjährige Generalversammlung. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Referat des Verbandsbeamten Schwarz aus Crefeld, 2. Vorstandswahl, 3. Rechnungsablage vom 4. Quartal 1910, 4. Verschiedenes. Kurz vor Eröffnung der Versammlung traf die telephonische Nachricht ein, daß der Referent krankheitshalber am Erscheinen verhindert sei. Nach Eröffnung der Versammlung wurde zu Punkt 2 der Tagesordnung geschritten. In den Vorstand wurden neu- resp. wiedergewählt: als 1. Vorsitzender Kollege H. Stappen, als dessen Stellvertreter Kollege Sauren; als 1. Kassierer Kollege J. Kalf, als dessen Stellvertreter Kollege Rosewik; als 1. Schriftführer Kollege Klöppels, als 2. Kollege P. Winz. Ferner wurden als Kartelldelegierte die Kollegen J. Grüter und M. Hamacher gewählt; als Verwaltungsstellendelegierte die Kollegen Gatzen und Kamanns. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, ihr Bestes zu tun, damit bald der letzte Kollege der Organisation beiträte. Kassierer Kollege Kalf erstattete hierauf den Rechnungsbericht vom letzten Quartal. Anknüpfend an den Rechnungsbericht bemerkte der Kassierer, daß unsere Zahlstelle in bezug auf die Finanzlage als auch auf die Mitgliederzahl in aufsteigender Bewegung sich befinde. Seien doch im letzten Quartal acht neue Mitglieder beigetreten, denen ein Abgang von zwei Mitgliedern gegenübersteht. Die Mitgliederzahl setzt sich wie folgt in Berufen zusammen: 2 Zimmerer, 15 Maurer, 10 Hilfsarbeiter, 22 Stukkateure, 9 Putzer, 7 Zementeure. Mitgliederzahl im ganzen 63. Vom Vorsitzenden wurde hierauf bekanntgegeben, daß die nächste Versammlung am 19. Februar stattfindet. Hierauf wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Der Verband westdeutscher Konsumvereine (Sitz Mülheim, Rhein)

hielt am Sonntag, den 22. Januar cr., im Paulushause in Düsseldorf seinen Einkaufstag ab. Der Besuch desselben war ein guter, indem 42 Vereine durch mehr als 100 Delegierte vertreten waren. Außerdem nahmen an der Veranstaltung Vertreter der Genossenschaftsbank und der Bezugskommission Bonn teil. Verbandsdirektor Schlack eröffnete die Tagung und begrüßte die zahlreich Erschienenen auf das herzlichste. In dem sich mit jeder Tagung mehrenden Besuch liege der Beweis für das im Wachsen begriffene konsumgenossenschaftliche Verständnis. Der Wert der Tagungen liege einmal in den mit denselben verbundenen Referaten und der sich daran anschließenden allgemeinen Aussprache, dann aber auch darin, daß durch dieselben das Interesse und Verständnis an den gemeinsamen Einrichtungen im Verbande gehoben werde. Durch den Verlauf der Verbands- und Einkaufstage müsse außerdem der Oeffentlichkeit gezeigt werden, mit welchem Ernst eine immer wachsende Zahl von Staatsbürgern die Wahrnehmung ihrer Konsumenten-Interessen sich angelegen sein lasse. Die Tagesordnung wurde dahin abgeändert, daß das vorgesehene Referat über die Stellung des Verbandes westdeutscher Konsumvereine abgesetzt wurde, um hierdurch mehr Zeit für den gemeinsamen Einkauf zu erübrigen. Der Eintritt in die Tagesordnung brachte Verbandssekretär Braun folgende Resolution ein, die einstimmige Annahme fand:

„Die in Düsseldorf gelegentlich des Einkaufstages am 22. Januar 1911 versammelten Vertreter der Konsumgenossenschaften des Verbandes westdeutscher Konsumvereine, Sitz Mülheim (Rhein), erheben hiermit entschieden Einspruch gegen den von der konservativen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus eingebrachten Antrag, der darauf hinausläuft, dem § 15 des Einkommensteuergesetzes folgende Bestimmung einzufügen: „Als verteilte Dividende gilt, bei den im § 1 Nr. 5 bezeichneten nichtphysischen Personen jede an ihre Mitglieder in Form von Rabatt oder in sonstiger Art gewährte Rückvergütung.“ Die genannten Vertreter von ca. 80 Konsumvereinen Rheinlands und Westfalens, welch letztere neben den Anhängern der christlich-nationalen Arbeiterbewegung eine große Anzahl Angehöriger bürgerlicher Kreise zu ihren Mitgliedern zählen, sehen in einer derartigen Aenderung des Steuergesetzes eine durchaus unbegründete Zurücksetzung der Konsumgenossenschaften, und zwar zunächst gegenüber allen übrigen Genossenschaften, die heute noch von jeder Einkommensteuer befreit sind, dann aber auch gegenüber dem Rabattsparverein usw., die gleichfalls einen bestimmten Prozentsatz an ihre Käufer wieder zurückvergüten. In gleicher Weise wie für die Rabattvereine bedeutet auch für die Konsumvereine der den Käufern zugesicherte Prozentsatz eine absolute Verbindlichkeit und kann derselbe auf Grund dessen niemals als steuerpflichtiges Einkommen angesehen werden. Die genannten Vertreter der Konsumvereine erwarten daher bestimmt, daß Regierung und Parlament sich gleich ablehnend dem Antrage der konservativen Fraktion gegenüber verhalten werden, da die bisherige Besteuerung der Konsumgenossenschaften sowohl mit Rücksicht auf das Wesen derselben als auch unter Berücksichtigung der Steuerfreiheit aller übrigen Genossenschaften und der Rabattsparvereine eine große Ungerechtigkeit bedeutet.“

Es wurde beschlossen, diese Resolution den einzelnen Parteien sowie der Regierung zuzustellen. Außerdem wurden die Vereine beauftragt, für eine Veröffentlichung durch die Tageszeitungen und die Zustellung derselben an die Abgeordneten ihres Bezirks besorgt zu sein. Verbandssekretär Braun referierte in längeren Ausführungen über die innere Organisation der Konsumgenossenschaft, wobei ihm die gesetzlichen Bestimmungen, wie allgemein kaufmännische Grundsätze als Richtlinien dienten. — Eine Anzahl Leitsätze, die von dem Referenten vorgelegt wurde, betrafen diejenigen Fälle, in denen eine Fühlungnahme der einzelnen Vereine mit der Verbandsleitung erforderlich sei, und fanden die Zustimmung der Versammlung. — Außerdem wurde beschlossen, das auf der Verwaltungskonferenz in Mülheim (Rhein) gehaltene Referat des Verbandssekretärs über die Stellung des Aufsichtsrates in der Genossenschaft nebst einer Ergänzung durch das heutige in Broschürenform den Vereinen zuzustellen. Die Verbandsleitung wird eine Anweisung für den Aufsichtsrat zur Vornahme der Revisionen ausarbeiten und wird im Laufe des Jahres den Vereinen mit Lichtbildervorträgen näher treten. Der Ausbau der Bezugskommission wurde eingehend besprochen. In Zukunft sollen Bezirks-Einkaufstage eingerichtet werden, zu deren Leiter Geschäftsführer Bissels (Werden) gewählt wurde. — Der Nachmittag war dem gemeinsamen Einkauf gewidmet. Von fachkundiger Seite wurde über die Marktlage der verschiedenen Artikel berichtet, auf Grund dessen dann die Vereine ihre Einkäufe tätigten. Zahlreiche Firmen hatten ihre Waren ausgestellt. Mit einem Appell an die Anwesenden, die Konsumgenossenschaftsidee in allen ihren Einzelheiten zu unterstützen und vor allem auch gegen die Monopolstellung einzelner Firmen auf dem Warenmarkt anzukämpfen, was nur auf Grund eines gemeinsamen, konzentrierten Bezuges möglich sei, schloß Geschäftsführer Bissels den Einkaufstag mit einem Hoch auf den Verband westdeutscher Konsumvereine.

Soziale Rechtsprechung.

Kann die Kündigung entgegen den Bestimmungen des Tarifvertrages geändert werden? Die Arbeiter Karl Schumacher und Paul Stork in Dortmund verlangten von der Zweigstelle für Spezialbetonausführungen, wie wir der „Rh.-W. Z.“ entnehmen, wegen rechtswidriger Entlassung eine eintägige Lohnentschädigung von je 4 M mit der Begründung, daß beide Parteien der Organisation angehörten und deshalb der im Baugewerbe bestehende Tarif zu gelten habe. Die Beklagte berief sich darauf, daß ausdrücklich Kündigungsausschluß vereinbart sei, und sie halte sich daher für berechtigt, ihre Arbeiter jederzeit zu entlassen. Das Dortmunder Gewerbegericht verurteilte die Beklagte mit der Begründung, daß es sich auf den Standpunkt der Kläger stelle und im Baugewerbe bestehende Tarife ohne Rücksicht auf jede besondere Vereinbarung als bindend ansehe.

Gerichtliches.

Breslau. Der Vorstand der Krankenunterstützungskasse der Breslauer Maurergesellen strengte gegen unseren Bezirksleiter Ed. Pfeffer-Breslau Klage an, weil er in einem Flugblatt, welches in Breslau unter den Bauarbeitern verbreitet wurde, geschrieben hatte: „Da die hiesige Maurergesellenkasse sowie einige andere freie Hilfskassen finanziell schlecht stehen, haben wir die Allgemeine Zentralkranken- und Sterbekasse (Sitz Offenbach am Main) eingeführt und so ist allen Gelegenheit geboten, in einer gut fundierten und finanziell starken Kasse Mitglied zu werden.“

Da nun einige Mitglieder aus der Maurergesellenkasse ausgetreten waren, beantragte der Vorstand, bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe von 500 M in jedem Falle der Zuwiderhandlung, zu unterlassen, zu behaupten, daß Klägerin finanziell schlecht stehe. Es haben in der Sache eine Reihe Termine stattgefunden und wurde Kollege Pfeffer freigesprochen. Die Begründung lautet:

Mitte Mai 1909 haben in Breslau und Umgegend die Beklagten ein Flugblatt verbreitet, dessen wesentlicher Inhalt die klägerische Kasse als finanziell schlecht dastehend schildert und die Mitglieder der Klägerin auffordert, auszutreten und der von den Beklagten vertretenen Kasse beizutreten. Auf den vorgetragenen Inhalt des genannten Flugblattes (Bl. 3/4) wird Bezug genommen.

Klägerin behauptet die Unrichtigkeit der Darstellung im Flugblatte, daß insbesondere ihre Kasse nicht schlecht stehe, wenn sie auch zugibt, daß sie in den Jahren 1906—1908 zurückgegangen ist infolge des Wegzuges vieler Arbeiter nach dem Westen oder dem Ausland. Dieses Schicksal hätten aus dem gleichen Grunde auch andere Kassen gehabt.

Sie behauptet ferner, daß die Beklagten von der Unrichtigkeit wissen, trotzdem diese verbreitet haben, und hat daher, da die Absicht der Beklagten, ihre Kasse zu schädigen, zutage liege, und zu befürchten sei, daß die Beklagten auch weiterhin solche Behauptungen verbreiten werden, gestützt auf § 826 BGB. beantragt:

die Beklagten zu verurteilen, bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe von 500 M für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu unterlassen, zu behaupten, daß Klägerin finanziell schlecht stehe, ihnen als Gesamtschuldner die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen und das Urteil eventuell gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Die Beklagten begehren Klageabweisung.

1. Der Beklagte Pfeffer behauptet, daß er als Gewerkschaftssekretär allein der Verfasser und Vertreter des Flugblattes und als solcher kraft seines Amtes befugt gewesen sei, die Interessen der Maurergesellen der allein bestehenden klägerischen Kasse gegenüber, die aber sozialdemokratisch, zu wahren.

2. Die Beklagten behaupten, daß der schlechte Stand der klägerischen Kasse aus ihren eigenen Kassenbüchern hervorgehe, wonach in den Jahren 1907, 1908 nicht nur das Gesamtvermögen, sondern auch der Reservefonds um mehr als 10 000 Mark zurückgegangen ist. Auf den vorgetragenen Inhalt der von den Beklagten überreichten Kassenberichte (Bl. 22) wird Bezug genommen.

3. Demgegenüber sei die von den Beklagten vertretene Offenbacher Krankenkasse in der glänzendsten finanziellen Lage gewesen. Auf den von ihnen überreichten Rechnungsabschnitten ergebe sich ein beständiges Anwachsen der Mitglieder; alljährlich werde eine große Summe zu Kapitalanlagen zurückgelegt, und es verbleibe immer noch ein Barbestand von weit über 10 000 M. Daher habe Pfeffer zu Recht diese Kasse als eine günstige, die klägerische als eine schlechte bezeichnet. Auf den vorgetragenen Inhalt der Rechnungsabschnitte wird Bezug genommen. Die Klägerin weist darauf hin, daß nach einem anfänglichen Zurückgehen seit Ende 1908 ihre Kasse wieder einen Aufschwung nehme und bald ihren früheren Stand würde erreicht haben. Sie bestreitet die Behauptungen der Beklagten, daß sie durch Angriffe auf die christlichen Organisationen Veranlassung zum Flugblatte gegeben habe. Sie vermeidet vielmehr jeden Streit mit diesen Organisationen. Die Offenbacher Kasse habe bisher im Osten nicht Fuß gefaßt, offenbar nur, um ihr hier die Pfade zu ebnen, sei das Flugblatt verfaßt und verbreitet worden. Es ist Beweis erhoben worden darüber, ob nach den Geschäftsberichten der Beklagten und der Klägerin die Lage der klägerischen oder der Offenbacher Kasse eine gefährdete gewesen ist.

Auf das eidliche Gutachten des in dieser Hinsicht vernommenen Sachverständigen Dr. Ernst Wagner (Bl. 31. ff. 59. 60), dessen Inhalt vorgetragen ist, wird hiermit Bezug genommen.

Entscheidungsgründe.

Nach dem eidlichen Gutachten war die Lage in der durch die Beklagten vertretenen Offenbacher Kasse eine durchaus günstige, die der Klägerin als schlecht zu bezeichnen, und zwar auch noch für das Geschäftsjahr 1909, wenn auch im letzteren eine kleine Erholung eingetreten ist.

Die Beklagten haben demnach nichts „Wahrheitswidriges“ im Flugblatte dargestellt. Faßt man diese Darlegungen als Behauptungen auf, so ist die Klage nach § 824 BGB. nicht begründet, weil eben nicht der Wahrheit zuwider behauptet oder verbreitet worden ist.

Faßt man die Darlegungen als Urteil auf, so liegt kein Verstoß gegen die guten Sitten (§ 826 BGB.) vor, denn das Urteil entsprach der Wahrheit und kann daher die guten Sitten nicht verletzen. Aus diesen Erwägungen heraus rechtfertigt sich die Abweisung der an sich zulässigen Unterlassungsklage.

Es war wie geschehen zu erkennen.

Die Kosten trägt die Klägerin gemäß § 91. C. P. O.

Das Urteil stellt der Offenbacher Krankenkasse ein gutes Zeugnis aus. Mögen unsere Kollegen, wenn sie einer freien Hilfskasse beitreten wollen, sich an diese Kasse wenden, auch andererseits für dieselbe agitatorisch mit tätig sein. Der Kassierer für Breslau ist Johann Stannek, Piastenstr. 28, H. III, der Vorsitzende Gerhard Pfeffer, Mauritiusplatz 4 II. Jeden Sonnabend von 7—9 Uhr abends ist Sprechstunde und Zahlabend im Lokale von Exner, Mauritiusplatz 4 II.

Literarisches.

Die Lehre von den Baustoffen. Von Professor Walter Lange, Direktor des Technikums der freien Hansestadt Bremen. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 162 Abbildungen. In Originalleinenband 3,50 M. Verlag von J. J. Weber in Leipzig.

Zu den begehrtesten Bänden bautechnischen Inhalts in der Sammlung von „Webers Illustrierten Handbüchern“ gehört der bisherige „Katechismus der Baustofflehre“, der jetzt, von dem durch Herausgabe einer Reihe praktischer Handbücher auf dem Gebiete der Bauwissenschaft bekannten Direktor des Technikums Bremen dem heutigen Stande der Wissenschaft entsprechend neu bearbeitet, unter obigem Titel in zweiter Auflage erschienen ist. In prägnanter, aber ausreichender Form ist zunächst die Chemie in ihren Beziehungen zur Baustofflehre behandelt. Hieran schließen sich die ausführlichen Abschnitte über die Konstruktionsstoffe, die Ausbau- und Nebenstoffe und die Mörtelstoffe. Die zahlreichen guten Abbildungen tragen zum Verständnis des Textes wesentlich bei. Eine Anzahl Tabellen (u. a. solche über Eigengewicht, Druckfestigkeit, Härte und zulässige Belastung der Bausteine, über zulässige Bespannung für Maschinenkonstruktionen usw. usw.) bildet eine wichtige Ergänzung dieses allgemein verständlich geschriebenen Buches, das nicht nur dem in der beruflichen Ausbildung Stehenden, sondern auch dem Praktiker vortreffliche Dienste leisten wird.

Briefkasten.

An die Schriftführer. Auch diesmal mußte eine Anzahl Berichte zurückgestellt werden. Sodann ersuchen wir die Schriftführer dringend, das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben, mit einem zweifingerbreiten Rand an der Seite. Es ist auch vollständig unnötig, die großen Aktenbogen in der Mitte zu brechen; es handelt sich doch nicht um einen Bericht an irgendein Landratsamt, sondern für das Verbandsorgan.

Nach Camberg. Selbstverständlich wollte Kollege Häuschen nur auf die Drückeberger und solche hinweisen, denen andere viel belanglosere Dinge über die Organisation gehen. Er erkennt vollständig an, daß der Vorstand von Camberg seine Schuldigkeit getan hat, auch alle die Kollegen, die in der Versammlung anwesend waren. Gruß.

Bekanntmachungen.

Lokalbeamter für Berlin gesucht.

In der Verwaltungsstelle Berlin ist die Stelle eines Lokalbeamten zu besetzen. Bewerber müssen mindestens zwei Jahre dem christlichen Bauarbeiterverband als Mitglied angehören. Bewerber wollen bis 18. Februar 1911 einen Aufsatz über die Tätigkeit eines Lokalbeamten nebst Lebenslauf an den Unterzeichneten einsenden.

Die Kommission.

J. A.: Emil Hildebrand, Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Versammlungskalender.

Hettingen. Sonntag, 12. Februar, 3½ Uhr nachmittags, **Generalversammlung** im Gasthaus zum Engel. Sämtliche Kollegen müssen erscheinen.

Sterbetafel.

Am 17. Januar starb unser treues Mitglied **Josef Danny** aus Niederfell an Leberkrebs im Alter von 39 Jahren.

Zahlstelle **Schwelm.**

Durch einen bedauerlichen Unglücksfall auf der Eisenbahn kam unser Kollege **Wilhelm Kosall** am 21. Januar plötzlich zu Tode. Derselbe fuhr nach Feierabend von Dortmund nach Herne, wo er wohnte; als der Zug auf freiem Felde hielt, glaubte er, die Station erreicht zu haben, stieg aus und wurde von einem entgegenkommenden Zuge angefahren. Der Tod trat sofort ein. Wir verlieren in dem Verunglückten einen tüchtigen Kollegen.

Zahlstelle der Fliesenleger **Dortmund.**

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Jos. Becker, Druck: Vaterländische Verlags- und Kunstanstalt, sämtlich in Berlin.